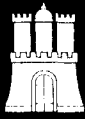


# GUTES BEWAHREN BESSERES SCHAFFEN

X-21-Hamburg  
X-31-ITW-Hamburg K  
14 Jan. 1978



## Wahlaussage der SPD für die Jahre 1978 bis 1982

beschlossen vom SPD-Landesparteitag am 14. Januar 1978

Am 4. Juni 1978 wird in Hamburg gewählt. Zur Wahl stehen die Abgeordneten unseres Parlaments, der Hamburger Bürgerschaft, sowie in den Bezirken die Abgeordneten der Bezirksversammlung. Entschieden wird mit dieser Wahl zugleich, wer in Hamburg regieren, wer den Senat bilden und führen soll.

Wir Sozialdemokraten stellen uns dieser Wahl in der Überzeugung, erfolgreich für die Zukunftssicherung Hamburgs gearbeitet zu haben. Unter sozialdemokratischer Führung ist diese Stadt nach der Zerstörung wiederaufgebaut und Schritt für Schritt zu einer lebenswerten und leistungsfähigen Metropole von europäischem Rang entwickelt worden.

Die Bürger dieser Stadt wissen das. Sie erleben es unmittelbar und finden Bestätigung in den Kommentaren auswärtiger Besucher, die Hamburg bestaunen, beschreiben und rühmen.

Für Gäste ist Hamburg eine Stadt der Superlative: größter Außenhandels- und Hafenplatz der Bundesrepublik, größte Industriestadt (neben Berlin), herausragendes Dienstleistungszentrum, auflagestärkster Standort der Medien, Kultur- und Bildungsmetropole, blühende Region in der europäischen Gemeinschaft.

Für die Menschen in Hamburg ist diese Stadt viel mehr: Mittelpunkt eines freien Lebens, Heimat, Ursprung und Ziel gelebter und erlebter Solidarität.

Sicher ist die Aufbauleistung Hamburgs nicht das Verdienst einer Partei. Hamburg, so wie es sich heute darstellt, ist die gemeinsame Leistung aller Menschen, die hier leben. Daraus erklärt sich das Selbstbewußtsein der Hamburger und ihr natürlicher Bürgerstolz. Hier liegt auch die Stärke, die uns in Hamburg mit Zuversicht und sicherem Vertrauen in die Zukunft blicken läßt.

### Hamburg – unsere gemeinsame Leistung

Worauf wir aufbauen . . . . .	III
Ziele unserer Politik . . . . .	III

### Stärkung der Wirtschaftskraft Hamburgs

Vorrang für sichere Arbeitsplätze . . . . .	IV
Für eine gesunde Wirtschaftsstruktur . . . . .	V
Für eine gezielte Wirtschaftsförderung . . . . .	VI
Für eine sichere und gesicherte Energieversorgung . . . . .	VI
Für eine bessere Verkehrsstruktur . . . . .	VII
Für einen leistungsfähigen Staat . . . . .	VIII

### Bewahrung und Erneuerung unserer Stadt und Stadtteile

Für mehr Lebens- und Wohnqualität . . . . .	IX
Für soziale Wohnungspolitik . . . . .	X
Für Stadterhaltung und Stadterneuerung . . . . .	XI
Für mehr Mitwirkung der Bürger in den Wohnbereichen . . . . .	XII
Für eine lebenswerte Stadt . . . . .	XII

### Ausbau des Kultur- und Freizeitangebots

Für Medienfreiheit . . . . .	XIII
Für Medienfreiheit . . . . .	XIV

### Sicherung der Zukunftschancen unserer Jugend

Für stetige Verbesserungen im Schulwesen . . . . .	XVI
Vorrang für berufliche Bildung . . . . .	XVII
Für mehr Studienplätze . . . . .	XVII
Für mehr Weiterbildung . . . . .	XVIII
Für Ausweitung der Jugendeinrichtungen . . . . .	XVIII

### Für soziale Sicherung, gegen die Ellenbogengesellschaft

Für ein Miteinander von Jung und Alt . . . . .	XX
--	----

### Verbesserung der medizinischen Versorgung für den Bürger

Für eine wirksame Vorsorge . . . . .	XXI
Für wirksame und gleiche Versorgung bei Krankheiten . . . . .	XXI

### Stärkung der Rechtssicherheit

Für eine Sicherung des Rechtsfriedens, gegen Kriminalität, Gewalt und Terror . . . . .	XXIII
Gegen den Terrorismus, für die Freiheit . . . . .	XXIII
Solidarität mit denen, die uns helfen . . . . .	XXIV

### Ein offenes Wort zu den Finanzen

### Hamburg – unsere gemeinsame Aufgabe

# Wir Sozialdemokraten wollen überzeugen

## Hamburg – unsere gemeinsame Leistung

In Hamburg stehen wir Sozialdemokraten seit 21 Jahren ohne Unterbrechung in der Regierungsverantwortung. Zu lange, sagen unsere politischen Gegner. Sie übersehen dabei, daß in einer Demokratie keine Partei aus eigener Machtvollkommenheit regieren kann. Wir Sozialdemokraten haben uns deshalb in allen Jahren der Verantwortung um das Vertrauen der Wähler bemüht; wir haben politisch gearbeitet und gehandelt, kraftvoll, besonnen und stets bereit, das Erreichte kritisch zu überprüfen und weiter zu verbessern. Wir haben uns mit den Ergebnissen unserer Arbeit dem Urteil der Wähler gestellt und sind, eben deshalb, bei allen Wahlen als stärkste Partei bestätigt worden.

Das heißt nicht, daß die Wähler in Hamburg immer und in allen Punkten zufrieden mit uns gewesen wären. Das kann niemand erwarten. Auch wir Sozialdemokraten erwarten es nicht, zumal wir nicht behaupten können und wollen, in jedem Fall richtig entschieden und gehandelt zu haben. Natürlich haben auch wir Fehler gemacht, sind dafür kritisiert worden und mußten bei Wahlen Stimmenverluste hinnehmen. Aber wir haben uns stets darum bemüht, aus Fehlern zu lernen und den einen entscheidenden Fehler zu vermeiden: überheblich und selbstgerecht zu sein oder zu werden und über die Köpfe der Menschen hinweg zu regieren.

Wir wissen: Die Wähler in Hamburg lassen sich nicht durch lautstarke Parolen und Popularitätshascherei überrumpeln. Sie sind realistisch und kritisch zugleich. Sie wollen Argumente hören und gegeneinander abwägen. Vertrauen schenken sie nur der Partei und solchen Politikern, die durch Sachlichkeit und die Ernsthaftigkeit ihres politischen Wirkens überzeugen.

Wir Sozialdemokraten wollen überzeugen. Wir stellen uns und unsere Argumente zur Diskussion.

Sozialdemokraten leben politisch nicht von der Hand in den Mund. Unsere Politik hat Perspektive und orientiert sich an drei Grundwerten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Diese Grundwerte bestimmen unser Handeln auch im konkreten Einzelfall. Sie verpflichten uns, jeder Frau, jedem Mann, jedem Kind gleiche Chancen für die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zu gewährleisten.

Das setzt voraus, daß

- Freiheitsräume bewußt gemacht,
- Abhängigkeiten, die durch die unkontrollierte Ausübung von Macht – auch wirtschaftlicher Macht – entstehen, beseitigt und
- Existenzängste, die sich bei materiellen Notlagen einstellen, aufgehoben werden.

Diese Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten, ist Grundanliegen unserer Politik. Wir verwirklichen sie durch unser Bemühen um mehr Chan-

gerechtigkeit heißt für uns, die sozialen und menschlichen Erfahrungen der Arbeitnehmer aufzunehmen, ihr Recht auf Arbeit zu einem Ziel zu machen, das unserer Politik vorgegeben ist.

Soziale Demokratie ist nicht nur Entwicklung und kraftvolle Verteidigung des demokratisch verfaßten Staates. Für uns Sozialdemokraten bleibt sie untrennbar verbunden mit der Entfaltung des arbeitenden Menschen in Staat und Wirtschaft, und damit in der gesamten Gesellschaft.

Wir wissen, daß eine solche Politik nie ganz und endgültig

In Hamburg sind die Grundwerte der deutschen Sozialdemokratie traditionell fest verankert. Das erklärt sich aus dem tiefverwurzelten Selbstverständnis Hamburgs als eigenständige und selbstbewußte Bürgerrepublik. Hamburg nennt sich nicht nur „Freie und Hansestadt“. Hamburg ist eine freie, vom Geist der Freiheit und der Weltoffenheit geprägte Stadt; die Tugenden der alten Hanse wirken in ihr fort. Die Menschen haben hier ein waches und starkes Gefühl und Verständnis für gute Nachbarschaft und Solidarität.

Für die Politik in dieser Stadt



1 **Hans-Ulrich Klose**, 40, Jurist, z. Zt. Erster Bürgermeister, Schwerpunkt: Hamburgs Zukunft, Hobbies: Lesen, Malen, Spazierengehen, Tennis, Fußballspielen, Skatspielen, Faulenzen.



2 **Oswald Paulig**, 55, Dipl.-Volkswirt, Schwerpunkt: Wirtschaftspolitik, Wohnungsbau, Hobbies: Gartenarbeit.



3 **Ulrich Hartmann**, 39, Dipl.-Volkswirt, Schwerpunkt: Finanzpolitik, Finanzwirtschaft, Hobbies: Briefmarkensammeln, Fußballspielen, Wandern zu Fuß, per Rad und mit dem Kanu.

### Unsere Kandidaten für die Bürgerschaft (Abbildungen 1 bis 77)

chengleichheit (z. B. in der Bildungspolitik), mehr Mitbestimmung (insbesondere in der Wirtschaft) und mehr soziale Gerechtigkeit, die das rechtsstaatliche Gerechtigkeitsgebot materiell absichern.

Die Perspektiven dieser wertbezogenen Politik zielen ins Zentrum der Interessen und Erwartungen der Arbeitnehmerschaft. Die SPD ist mehrheitlich eine Arbeiterpartei, eine Volkspartei, so wie unsere Gesellschaft eine Arbeitergesellschaft ist.

Freiheit des Geistes bedeutet für uns Sozialdemokraten vor allem auch: bessere Chancen für Bildung und Ausbildung der Arbeitnehmer und ihrer Kinder, also Öffnung des geistigen und kulturellen Lebens für die arbeitenden Menschen.

erfolgreich sein kann. Freiheit und Gerechtigkeit sind immer gefährdet. Sie sind deshalb auch immer politisches Programm. Wir handeln im Sinne dieses Programms, indem wir die Menschen zugleich zur Solidarität aufrufen. Solidarität erwächst aus dem Bewußtsein, daß die Menschen in ihrem täglichen Leben, bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, bei der Erfüllung ihrer Bedürfnisse aufeinander angewiesen und nur in der Gemeinschaft geborgen sind. Solidarität heißt daher: anerkennen, daß Freiheit auch verpflichtet; daß Gerechtigkeit ohne gegenseitige Rücksichtnahme und Hilfe, ohne Gemeinschaftsleistungen nicht verwirklicht werden kann; daß gute Nachbarschaft mehr ist als ein Schlagwort.

sind diese Tugenden von entscheidender Bedeutung. Sie prägen den besonderen Stil der hamburgischen Politik, der sich ausdrückt

- in der Bereitschaft der Bürger, Verantwortung für ihr Gemeinwesen zu übernehmen;
- in dem ständigen Bemühen der politischen Verantwortlichen in Senat und Bürgerschaft, die öffentlichen Aufgaben dieser Stadt in enger, partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Bürgern, Bürgergruppen und Verbänden wahrzunehmen und zu erfüllen;
- in der Fähigkeit der Bürger, in schwierigen Zeiten zusammenzustehen und alle Kräfte auf ein Ziel zu konzentrieren: Hamburg als lei-

## Hamburg – Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern

stungsfähige und lebenswerte Stadt zu erhalten und auszubauen.

Die Wirksamkeit der Tugenden hat sich in Hamburg vielfach bestätigt: auch und besonders in Notzeiten, wie bei den schweren Sturmfluten der Jahre 1962 und 1976, bei der die Bürger spontan gehandelt und ihre Hilfs- und Opferbereitschaft eindrucksvoll bewiesen haben.

Wir Sozialdemokraten schöpfen daraus die feste Zuversicht, daß es uns auch in Zukunft gelingen wird, die uns bedrängenden Probleme zu lösen.

wicklung und der durch sie ausgelösten binnenwirtschaftlichen Krisenerscheinungen ab. Die Zahl der Arbeitnehmer, die einen Arbeitsplatz beanspruchen, nimmt dagegen leicht zu. Daraus ergibt sich eine Arbeitsplatzlücke, die sich in steigenden Arbeitslosenzahlen ausdrücken kann, wenn nicht rechtzeitig gegensteuert wird.

- Als Folge der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Abschwächung verknappen sich die finanziellen Mittel der Stadt. Das zwingt zu

Erste Erfolge dieser politischen Sofortmaßnahmen zeigen sich bereits jetzt:

- Der Abwanderungstrend von Hamburg ins Umland hat sich angesichts der verbesserten Wohnbedingungen besonders in den Problemgebieten der inneren Stadt verlangsamt. Die Gefahr einer Verödung ganzer Stadtteile ist gebannt.
- Die finanzielle Lage der Stadt ist heute deutlich besser als zu Beginn der Legislaturperiode; sie bleibt allerdings vorerst angespannt, denn

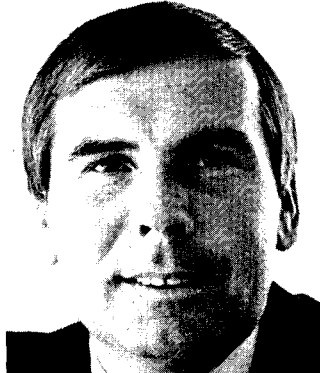
Legislaturperiode feststellen: Die Probleme, die sich für unsere Stadt und unser Land stellen, sind erkannt, die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Lösung mit gutem Erfolg eingeleitet worden. Damit ist die Grundlage für die politische Arbeit in den vor uns liegenden Jahren gegeben. Wir Sozialdemokraten sind entschlossen, auf dieser von uns geschaffenen soliden Grundlage weiterzuarbeiten.

### Ziele unserer Politik

Worauf es uns ankommt, steht in programmatischer Form in



**4 Helga Elstner, 53, Diplom-Volkswirt, z. Zt. Senatorin, Schwerpunkt: Gesundheitspolitik, Verbraucherpolitik, Politik für Frauen, Hobbies: Kochen, Musik.**



**5 Jürgen Steinert, 41, Gewerkschaftssekretär, z. Zt. Senator, Schwerpunkt: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Hobbies: Skilaufen, Tennisspielen, Leichtathletik, Wandern.**



**6 Hans-Joachim Seeler, 47, Jurist, z. Zt. Senator, Schwerpunkt: Finanz- und Europapolitik, Hobbies: Gartenarbeit, Briefmarken**



**7 Hermann Scheunemann, 37, Angestellter, Schwerpunkt: Mietpreisgestaltung und Wohnungsbau, Hobbies: Schwimmen und Leichtathletik.**

### Worauf wir aufbauen

In seiner Regierungserklärung vom 29. Januar 1975 hat Hamburgs Erster Bürgermeister, Hans-Ulrich Klose, die Probleme, vor denen wir in Hamburg – aber nicht nur hier – stehen, offen genannt und nüchtern analysiert:

- Die Bevölkerung Hamburgs – wie die aller großen Städte in der Bundesrepublik – nimmt entgegen früheren Erwartungen auf absehbare Zeit nicht mehr zu, sondern geht als Folge von Abwanderung und natürlicher Bevölkerungsentwicklung zurück. Zugleich verändert sich die Alters- und Erwerbsstruktur.
- Die Zahl der Arbeitsplätze in Hamburg nimmt als Folge der weltwirtschaftlichen Ent-

sparmaßnahmen und schmerzlichen Umschichtungen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben.

Der Senat hat aus der Analyse des Ersten Bürgermeisters unverzüglich die notwendigen Konsequenzen gezogen. Er hat ein für viele Bürger unbequemes, aber notwendiges Sparprogramm durchgesetzt. Dadurch ist es überhaupt erst möglich geworden, mehr Geld für die Lösung der vordringlichsten Probleme bereitzustellen:

- für die Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen – oberstes Ziel unserer Politik;
- für die Erhaltung, Belebung und Modernisierung der Stadtteile und – Schritt für Schritt – der ganzen Stadt.

unsere beschäftigungspolitisch orientierte Haushaltspolitik läßt nur eine mittelfristige Konsolidierung zu.

- Konjunkturprogramm, Wert- und Reederhilfen und ähnliche staatliche Stützungsmaßnahmen haben stärkere Beschäftigungseinbußen verhindert. Nachfrage und Produktion haben sich auf höherem Niveau eingependelt. Die Preise sind relativ stabil. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit noch immer hoch und erfordert weiter erhebliche wirtschaftspolitische Anstrengungen von Seiten des Bundes und des Landes, damit das Ziel der Vollbeschäftigung baldmöglichst wieder erreicht wird. Insgesamt läßt sich als Bilanz der zu Ende gehenden Legis-

der Präambel zur Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie gilt auch heute unverändert:

„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.

Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller. Auch Freiheit des Wettbewerbs und genossenschaftliche Selbsthilfe sollen diesem Ziel dienen.

## Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung

Jedermann hat die sittliche Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu wirken. Die Allgemeinheit hilft in Fällen der Not den wirtschaftlich Schwachen und ist bestrebt, den Aufstieg der Tüchtigen zu fördern. Die Arbeitskraft steht unter dem Schutze des Staates.

Um die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verwirklichen, verbindet sich die politische Demokratie mit den Ideen der wirtschaftlichen Demokratie."

Wir Sozialdemokraten fühlen uns verpflichtet, die programmatischen Aussagen dieser Präambel durch eine Politik der Gegenwarts- und Zukunftssicherung zu verwirklichen. Gutes bewahren - Besseres schaffen - das ist unser Ziel!

Wir Sozialdemokraten werden uns deshalb in den nächsten vier Jahren auf Schwerpunktaufgaben in den folgenden Politikbereichen konzentrieren:

- Stärkung der Wirtschaftskraft Hamburgs als Zentrum der norddeutschen Region, Erhaltung und Schaffung von menschengerechten Arbeitsplätzen;
- Bewahrung und Erneuerung unserer Stadt und Stadtteile, um den Lebenswert Hamburgs für seine Bürger weiter zu verbessern;
- Sicherung der Zukunftschancen unserer Jugend in Bildung und Ausbildung;
- Sicherstellung der Leistungsfähigkeit eines modernen Gesundheitswesens; Fortsetzung einer Sozialpolitik, die die Schwächeren schützt und mehr Gerechtigkeit schafft;
- Fortsetzung unserer erfolgreichen Anstrengungen, Hamburgs Rang als weltweites Kulturzentrum auszubauen und das Angebot für Freizeit und Sport zu erweitern;
- vermehrter Schutz unserer Bürger und unserer Stadt vor Kriminalität und Gewalt.

Bei der Verwirklichung dieser politischen Schwerpunktaufgaben werden wir Sozialdemokraten in enger Abstimmung mit den Bürgern unserer Stadt stets darauf achten, daß unsere Politik den Menschen hilft, ihr Leben frei und lebenswert zu gestalten. Dabei messen wir der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern besondere Bedeutung bei. Für uns

Sozialdemokraten ist die Benachteiligung der Frauen ein gesamtgesellschaftliches Problem,

das nur von Frauen und Männern gemeinsam langfristig zu lösen ist.

### Stärkung der Wirtschaftskraft Hamburgs

#### Vorrang für sichere Arbeitsplätze

Voraussetzung für die Wohlfahrt der Bürger, aber auch für die Lösung vieler gesellschaftspolitischer Grundfragen ist eine Wirtschaftsentwicklung, die

- einen hohen Beschäftigungsstand erreicht und dauerhaft sichert;
- das außenwirtschaftliche

sind. Darüber hinaus erschwert die gegenwärtige unzureichende Finanzausstattung von Bund, Ländern und Gemeinden eine noch stärkere Entlastung des Arbeitsmarktes durch einen weiteren Ausbau der öffentlichen Dienste.

Wir kümmern uns besonders um die Gruppen, die von diesen Entwicklungen stärker betroffen sind. Dazu gehören

kömmlichen Instrumenten der Wirtschaftspolitik allein nicht bewältigen lassen. Wir werden deshalb weitere eigene Beiträge zur Verbesserung der Hamburger Arbeitsmarktsituation leisten und ein besonderes arbeitsmarktpolitisches Konzept entwickeln.

Dabei werden wir darauf hinwirken, daß der heute zwischen Frauen und Männern geteilte Arbeitsmarkt durch entsprechende gesetzliche Änderungen aufgehoben wird.

Allerdings dürfen wir unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten in diesem Zusammenhang nicht überschätzen. Wir leber-



**8 Reinhard Hinze, 48, Werkmeister, Schwerpunkt: Stadtteilentwicklungsplanung, Fragen zur Erhaltung und Förderung von Dauerkleingärten, Hobbies: Leichtathletik, Fußballspielen.**  
2000 Hamburg 28, Klvg. 113, Parz. 13



**9 Helmuth Kern, 51, Kaufmann, Schwerpunkt: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Hobbies: Segeln.**



**10 Werner Karotka, 50, Beamter, Schwerpunkt: Sozial- und Haushaltspolitik, Hobbies: Angeln und Tennisspielen.**  
2000 Hamburg 13, Hartungstr. 12, Tel.: 41 77 53

- Gleichgewicht erhält;
- ein stabiles Preisniveau gewährleistet und
- zu einem stetigen angemessenen Wachstum führt.

Das Ziel der Vollbeschäftigung steht dabei für Sozialdemokraten eindeutig an erster Stelle und im Mittelpunkt aller politischen Anstrengungen. Das gilt für die allgemeine Wirtschaftspolitik und für die eigentliche Arbeitspolitik. Dabei müssen wir davon ausgehen, daß in der produzierenden Wirtschaft durch Rationalisierungen und Strukturwandel Arbeitsplätze verloren gehen. Der Dienstleistungssektor wird nicht weiterhin in dem Umfang expandieren, daß alle verlorenen Arbeitsplätze ersetzt werden können, da auch in diesem Bereich weitere Rationalisierungen zu erwarten

- Jugendliche,
- Frauen,
- ungelernete Arbeiter,
- ältere Angestellte und
- Behinderte.

Für sie sind schon in der vergangenen Legislaturperiode besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme beschlossen und durchgeführt worden. Dieses Programmangebot muß aufrechterhalten, ergänzt und in enger Abstimmung mit der Bildungs- und Sozialpolitik ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß bei direkten Maßnahmen Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden.

Beschäftigungsprobleme dieser Art sind ein wesentlicher Ausschnitt genereller Strukturprobleme, die sich mit den her-

mit unserer Hamburger Wirtschaft nicht isoliert, sondern sind unauflösbar in die deutsche, europäische und weltwirtschaftliche Entwicklung verflochten. Die Entwicklung der Hamburger Wirtschaft wird daher in großen Zügen immer dem allgemeinen Trend folgen. Dabei ist unsere Wirtschaft folgenden Risiken ausgesetzt:

- Störungen des Weltwährungssystems,
- Wettbewerbsdruck durch den Aufbau neuer Industrien bei unseren Handelspartnern, sowohl in der Dritten Welt als auch in bereits industrialisierten Ländern, die zwar insgesamt Produktion und Wohlstand in der Welt vermehren, bestimmte Wirtschaftszweige bei uns jedoch vor schwerwiegende

## Für Hamburgs Wirtschaft optimale Chancen schaffen

Umstellungsprobleme stellen,

- offene und verdeckte Subventionspolitik in Ost und West, zu Lasten des freien Welthandels,
- weitere Erhöhung der Rohstoffpreise.

Die Auswirkungen treffen uns unmittelbar, besonders in bestimmten Branchen, z. B. Werften, für die deshalb im Rahmen unserer strukturpolitischen Anstrengungen besondere Hilfsprogramme durchgeführt werden.

Für die Wirtschaftspolitik in Hamburg ergeben sich daraus vier Schlußfolgerungen:

können, haben die Bundeshilfen bei Werften und Reeder und die Unterstützungen für die Flutsicherung erwiesen.

- Wir setzen unsere eigenen landespolitischen Möglichkeiten konsequent ein, um der Hamburger Wirtschaft optimale Entwicklungs- und Wettbewerbschancen auf dem nationalen und internationalen Markt zu verschaffen.

### Für eine gesunde Wirtschaftsstruktur

Ziel der eigenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist in

die Zukunft vor allem an eine Ausweitung und Verbesserung des technologischen und Wirtschafts-Beratungsdienstes für kleine und mittlere Unternehmen gedacht ist;

- Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für den Wirtschaftspräsident Hamburg.

Über die Zielvorgaben und Grundsätze wirtschaftsfördernder Maßnahmen hat der Senat in den „Leitlinien '75 der Hamburger Wirtschaftspolitik“ berichtet. Wir Sozialdemokraten bejahen diese Leitlinien, präzisieren und ergänzen sie jedoch aus sozialdemokratischer Sicht

tionen „Wohnen“, „Arbeiten“ und „Erholen“ in ein angemessenes Verhältnis zueinander gesetzt werden.

Alle drei Funktionen müssen gleichrangig und in vernünftiger Durchmischung befriedigt werden.

Dabei ergeben sich vielfach Schwierigkeiten und Konflikte. Zwar wird die Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, allgemein betont. Die Bereitschaft, Gewerbeflächen in unmittelbarer Nachbarschaft zur eigenen Wohngegend zu akzeptieren, ist jedoch nur begrenzt vorhanden.

Dazu erklären wir Sozialdemo-



**11 Günter Apel, 51,**  
Senator, Schwerpunkt: Bildungs- und Jugendpolitik, Hobbies: Schwimmen, Gartenarbeit, Skatspielen. Tel.: 641 35 15



**12 Dr. Henning Voscherau, 36,**  
Jurist, Schwerpunkt: Rechts-, Kommunal-, Innenpolitik, Hobbies: Sport, Lesen. 2000 Hamburg 1, Schauenburgerstr. 44, Tel.: 36 64 14



**13 Ernst Weiß, 66, z. Zt.**  
Senator, Schwerpunkt: Arbeits- und Sozialpolitik, Hobbies: Malen, Gartenarbeit, Wandern, Plattdeutsche Literatur, Schwimmen, Sauna, Volksliedersammlung.



**14 Dr. Gerd Weiland, 38,**  
Rechtsanwalt, Schwerpunkt: Haushalts- und Wirtschaftspolitik, 2000 Hamburg 63, Schulteßstieg 4

- Ausschöpfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und den Ländern der norddeutschen Region die Prognose- und Informationskapazität im Bereich der Strukturberichterstattung zu erweitern.
- Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Bemühen, auf internationaler Ebene zu einer Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen beizutragen.
- Wir nutzen unsere politischen Einflußmöglichkeiten in Bonn, um unseren wirtschaftspolitischen Vorstellungen Gehör zu verschaffen und hamburgische Interessen durchzusetzen. Wie erfolgreich wir dabei sein

erster Linie die Verbesserung der hamburgischen Wirtschaftsstruktur. Solche Maßnahmen sind und werden auch in Zukunft sein:

- Sicherung eines ausreichenden Angebots an Industrie- und Gewerbeflächen für Neuansiedlungen und für die Erweiterung hamburgischer Unternehmen;
- Ausbau der Infrastruktur, z. B. im Bereich des Verkehrs und der Energieversorgung, mit dem Ziel erhöhter Standortqualität;
- Finanzhilfen zur Förderung von Investitionen, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, z. B. Handwerksbetrieben;
- Information und Beratung von Unternehmen, wobei für

durch die nachfolgenden Programmaussagen:

Mit der Aufschließung und Vergabe von Industrie- und Gewerbegrundstücken leistet der Staat einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Allerdings ist die Befriedigung aller Wünsche nach zusätzlichen Flächen in unserem Stadtstaat nicht möglich. Das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ist begrenzt; Ausdehnungen (z. B. durch Eingemeindung) sind in unserem Fall ausgeschlossen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, mit den insgesamt vorhandenen Flächen durch vorausschauende Planung optimal zu wirtschaften.

Von entscheidender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß die städtischen Funk-

tionen: Wir respektieren, daß alle Menschen den Wunsch haben, in ihrem Wohnbereich möglichst ungestört zu leben, und bemühen uns, diesem Wunsch durch eine ins Detail gehende Stadtplanung zu entsprechen. Wir sind aber ebenso entschieden dafür, daß zusätzliche Gewerbeflächen nicht nur in ohnehin schon überdurchschnittlich belasteten Stadtgebieten, sondern – bei weitgehender Berücksichtigung der Wohn- und Lebensbedürfnisse der ansässigen Wohnbevölkerung – in vernünftiger Streuung in der ganzen Stadt bereitgestellt werden. Das heißt: Die Funktion „Arbeit“ muß von allen Bürgern und im Grundsatz für alle Stadtteile als gleichrangiges Element der Flächennutzung anerkannt

## Staatliche Finanzhilfen zur Sicherung von Arbeitsplätzen

werden. Es wäre unvernünftig und ungerecht, die damit verbundenen Belästigungen nur bestimmten Stadtteilen und Bevölkerungsschichten zuzumuten.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen resultiert aus der Konkurrenzsituation Hamburgs zu den benachbarten Ländern und Gemeinden, die zumeist größere Flächen zu günstigeren Preisen anbieten. Das führt zu unbestreitbaren Nachteilen für die Hamburger Wirtschaft sowie, in vielen Fällen, zu volkswirtschaftlich unsinnigen Verlagerungen von Betrieben.

Wir Sozialdemokraten ziehen daraus die nötigen Konsequenzen. Wir bieten an, in enger Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und -gemeinden über ein für alle vorteilhaftes Konzept zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gesamtregion zu verhandeln. Wir sind bereit, die bisherigen Planungen zur Förderung der Unterelbe-Ostsee-Region zu ergänzen, auszuweiten und finanziell zu unterstützen. Wir sind überzeugt, daß wir solche Planungen brauchen, die dann aber von den Nachbarländern nicht nur verbal anerkannt, sondern auch umgesetzt werden müssen.

Wir Sozialdemokraten plädieren für sachliche Lösungen und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Das ist unser politischer Stil, den wir auch in Zukunft pflegen wollen. Wir können allerdings nicht unbegrenzt abwarten und zusehen, daß und wie die Metropolfunktion Hamburgs durch regionalpolitische Eigensüchtelei und durch die Abwerbung von hamburgischen Unternehmen dauerhaft geschwächt wird.

Es gilt, Schaden von Hamburg und von der Region abzuwenden. Wir werden deshalb unsere Aktivitäten in folgende Richtungen verstärken:

Wir werden

- den Menschen in Hamburg und im Hamburger Umland erklären, welche wirtschaftlichen und umweltpolitischen Schäden durch die gegenwärtig praktizierte Abwerbepolitik entstehen;
- in Bonn uns dafür einsetzen, die regional- und strukturalpolitischen Maßnahmen wirksamer zu gestalten und ihre unerwünschten Nebenwirkungen (z.B. bei der Zonenrandförderung) zu beseitigen;
- auch im Bereich der Grundstückspolitik unsere eigene

Konkurrenzsituation verbessern und darüber hinaus die Standortvorteile Hamburgs unterstreichen und voll zur Geltung bringen.

### Für eine gezielte Wirtschaftsförderung

Da der Markt als einziger Regulator der Wirtschaft nicht ausreicht, sind staatliche Finanz- und Finanzierungshilfen ein notwendiges, wenn auch nicht immer befriedigendes Instrument der Wirtschaftspolitik. Wir Sozialdemokraten werden dieses Instrument auch in Zukunft einsetzen, um von uns gewollte,

Unser grundsätzliches Ja zu staatlichen Finanzhilfen ist jedoch mit einem ebenso grundsätzlichen Vorbehalt verbunden: Hilfen dieser Art werden nicht bedingungslos vergeben. Das heißt: Wir werden bei allen Maßnahmen, die ein unmittelbares finanzielles Engagement des Staates beinhalten, sorgfältig darauf achten, daß durch staatliche Hilfen

- Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen, erhalten, nicht aber vernichtet werden;
- in der Regel nur solche Betriebe gefördert werden, die eine realistische Zukunftschance am Markt haben;

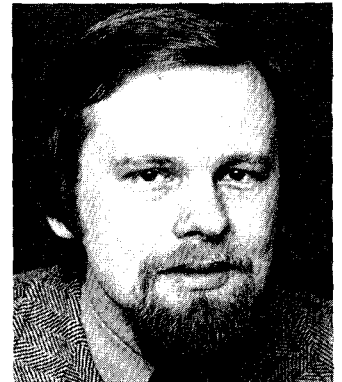
ken verbunden sind. Das kann in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht anders sein. Wir wissen aber auch, daß der Staat ohnehin mit den volks- und betriebswirtschaftlichen Folgen von unternehmenspolitischen Fehlentscheidungen im Bereich der privaten Wirtschaft belastet ist. Dem Staat, nicht dem Unternehmen obliegt die Sorge für die arbeitslos gewordenen Menschen. Der Staat kann und darf sich deshalb von einem zielgerichteten unmittelbaren wirtschaftspolitischen Engagement nicht freihalten. Natürlich ergeben sich mit zunehmendem finanziellem Engage-



15 **Volker Lange**, 34, Schulleiter, Schwerpunkt: Baupolitik (Wohnungs- und Städtebau) Hobbies: Handball, Fußball, Sprachen. 2000 Hamburg 65, Eichelhäherkamp 70



16 **Max Reimer**, 57, Geschäftsführer, Schwerpunkt: Haushalts- und Finanzpolitik, Hobbies: Sein Hund. 2000 Hamburg 50, Luthergrund 10, Tel.: 899 19 36



17 **Christoph Reuß**, 31, Volkswirt, Schwerpunkt: Wirtschaftspolitik, Hobbies: Schach, Trablaufen.

für die Hamburger Wirtschaft vorteilhafte Entwicklungen zu fördern.

Dabei halten wir uns offen in der Frage, welcher Art die staatliche Finanzhilfe sein soll. Je nach Einzelfall sind wir bereit, Bürgschaften zu stellen oder Zuschüsse zu leisten, schließen aber auch direkte Beteiligungen an einzelnen Unternehmen nicht aus, wenn uns dies strukturalpolitisch notwendig erscheint. Darüber hinaus machen wir prinzipiell keine Unterschiede nach Größe und Struktur der geförderten Unternehmen, beziehen also kleine, mittlere und große Unternehmen ebenso ein wie arbeits- und kapitalintensive, die wir durch finanzielle Anreize zu Investitionen in Hamburg ermuntern wollen.

- bei notleidenden Betrieben die Gesundung wirklich eingeleitet, die Ursachen der negativen Entwicklung ausgeräumt und nicht einfach überdeckt werden;
- tatsächlich ein Mehr an wirtschaftlicher Leistung und nicht nur ein Mehr an Subventionen erzielt wird.

Durch regelmäßige Verwendungsnachweise und Erfolgskontrollen ist zu sichern, daß das erstrebte Ziel erreicht wird. Dabei werden wir bei Abschluß der Verträge festlegen, daß im Falle der Nichterfüllung die Subventionen ganz oder teilweise zurückgezahlt werden müssen.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß mit einem zunehmenden finanziellen Engagement des Staates auch zusätzliche Risi-

gement des Staates auch zusätzliche Risiken. Wir sind aber überzeugt, daß wir diese Risiken tragen müssen, um die Chancen, die damit zugleich verbunden sind, wahrnehmen zu können.

### Für eine sichere und gesicherte Energieversorgung

Der staatliche Anteil an der Wirtschaft beschränkt sich nicht auf wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die der privaten Wirtschaft zusätzliche Investitionschancen verschaffen. Der Staat ist selbst Arbeitgeber für die Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst und muß in dieser Funktion auch seinerseits zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Wir sind dazu bereit. Darüber hinaus ist der Staat



## Kernenergie, ohne künftige Generationen zu gefährden

Investor mit einem Investitionsvolumen von erheblicher Größenordnung, in Hamburg fast 2 Milliarden DM jährlich. Außerdem beteiligt er sich mit den von ihm kontrollierten öffentlichen Unternehmen (z. B. Gaswerke, Wasserwerke, HEW) unmittelbar am Wirtschaftsprozess.

Wir Sozialdemokraten bejahen diese aktive Wirtschaftsfunktion des Staates. Wir sind überzeugt, daß sich der Staat dieser Funktion nicht entziehen kann oder darf.

Das ist auch in jüngster Zeit deutlich geworden am Beispiel der Energieversorgung, die als

Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft – ihr Zukunftsprogramm für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland weiter entwickeln und durchsetzen muß.

Aus hamburgischer Sicht vertreten wir dazu folgende Auffassungen:

- Die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit Energie läßt sich nur in weiträumigen überregionalen Verbundsystemen sichern.
- Wirkliche Sicherheit – und das heißt auch Unabhängigkeit – bei der Energiever-

men enthalten; die Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums vom Energiewachstum darf nicht einfach als unveränderbar hingenommen werden.

Angesichts der bereits bestehenden, relativ starken Abhängigkeit der hamburgischen Energieversorgung von der Kernenergie ergeben sich für uns folgende Konsequenzen:

- Die bereits arbeitenden Kernkraftwerke müssen weiter betrieben, dabei jedoch fortlaufend unter dem Gesichtspunkt der Betriebssicherheit überprüft werden.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß viele Menschen angesichts des Ausbaus der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland besorgt sind. Wir nehmen diese Besorgnis ebenso ernst wie die allgemeine Besorgnis über eine mögliche Energie-lücke und eine dadurch mitverursachte Arbeitslosigkeit. Wir werden uns deshalb – unserem Demokratieverständnis entsprechend – weiterhin bemühen, eine breite Diskussion über alle mit der Energieversorgung im Zusammenhang stehenden Fragen zu führen. Dabei lassen wir uns von den wenigen politischen Extremi-



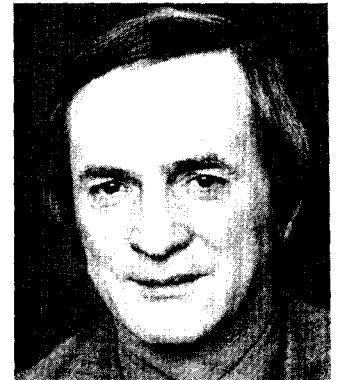
**18 Helga von Hoffmann, 45, Sekretärin, Schwerpunkt: Frauen-, Schul- und Gesundheitspolitik.** 2000 Hamburg 60, Sierichstr. 90



**19 Werner Staak, 44, Betriebswirt, z. Zt. Senator, Schwerpunkt: Sicherheitspolitik, Hobbies: Familie, Wandern, Laufen, Schwimmen.**



**20 Heinz Schnelle, 42, Gewerkschaftssekretär, Schwerpunkt: Hafen- und Wirtschaftspolitik, Sport, öffentl. Dienst, Hobbies: Wandern, Radtouren.** 2100 Hamburg 90, Ernst-Bergeest-Weg 38 d, Tel.: 760 32 37



**21 Walter Lohmann, 50, Gewerkschaftssekretär, Schwerpunkt: Schul- und Bildungspolitik, Hobbies: Fotografieren, Schmalfilm, Musik.** 2000 Hamburg 70, Tilsiter Str. 41, Tel.: 693 53 53

Grundvoraussetzung aller wirtschaftlichen Tätigkeit dauerhaft gesichert werden muß, die aber nicht nur unter volks- und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden darf. Hier geht es – wie die Debatte über Kernkraftwerke zeigt – um Grundsatzentscheidungen, die für die Gestaltung unserer Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung sind und die eben deshalb vom Staat als dem demokratischen Handlungsinstrument der Gesamtgesellschaft getragen und verantwortet werden müssen.

Dabei spielen hamburgische Gesichtspunkte eine nur mitentscheidende Rolle. Bei diesen Grundsatzentscheidungen ist in erster Linie die Bundesregierung gefordert, die – in enger Abstimmung mit den

sorgung kann es nur geben, wenn alle bekannten, schon entwickelten und noch zu entwickelnden Energien nutzbar gemacht und eingesetzt werden.

- Bei der Anwendung von Kernenergie, auf die wir als rohstoffarmes Land auf absehbare Zeit wahrscheinlich nicht verzichten können, müssen alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um eine Gefährdung der jetzt lebenden und künftiger Generationen auszuschließen; erforderlich ist eine gesicherte Lösung des Entsorgungsproblems.
- Ein Zukunftsprogramm für die Energieversorgung muß konkrete Aussagen über energiesparende Maßnah-

men enthalten; die Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums vom Energiewachstum darf nicht einfach als unveränderbar hingenommen werden.

- Das in Bau befindliche Kernkraftwerk Krümmel muß, wie geplant, in Betrieb genommen werden; Voraussetzung dafür ist eine gesicherte Zwischenlagerung der bei dem Betrieb anfallenden nuklearen Abfallstoffe.
- Den Bau neuer Kernkraftwerke (einschließlich Brokdorf) werden wir unsererseits nicht forcieren, sondern abwarten, bis für das Problem der Aufbereitung und der Endlagerung von nuklearen Abfallstoffen eine sichere Lösung gefunden worden ist.
- Zur Gewährleistung der hamburgischen Energieversorgung werden wir mit Vorrang den Bau eines konventionellen Kraftwerkes in Hamburg planerisch vorbereiten.

sten, die die Diskussion über die Kernenergie für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, nicht beeindruckt. Uns geht es um Sachlichkeit und um die bestmögliche Lösung eines Problems, dessen Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Landes und unserer Gesellschaft unbestreitbar groß ist.

### Für eine bessere Verkehrsstruktur

Im Gesamtrahmen staatlicher Investitionspolitik nimmt die Verbesserung der Verkehrsstruktur einen besonderen Rang ein; zum einen, weil auch dieser Bereich im konkreten Einzelfall oft umstritten ist; zum anderen, weil er für die Zu-

## Keine Stadtautobahnen durch Wohngebiete

kunftssicherung Hamburgs große Bedeutung hat. Für die Wirtschaft unserer Stadt und der Region ergeben sich durch die Randlage innerhalb der EG und als Folge der deutschen Teilung Nachteile, die durch gezielte verkehrspolitische Maßnahmen abgewendet werden müssen.

Dabei haben wir in den vergangenen Jahren – in guter Zusammenarbeit mit der Bundesregierung – bedeutsame Erfolge erzielt. Die verkehrsmäßige Anbindung Hamburgs an die Wirtschaftsräume in West- und Süddeutschland sowie die innerhamburgische Verkehrssituation haben sich deutlich verbessert durch

- den Bau der Autobahn Westliche Umgehung mit Elbtunnel und Köhlbrandbrücke;
- die Vertiefung des Hafens und der Untereibe;
- den Anschluß Hamburgs an das europäische Binnenwasser-Sträßennetz durch den Elbe-Seiten-Kanal;
- den Bau des Güterbahnhofs Maschen und die Ausweitung des Hafenbahnnetzes;
- den Ausbau des hamburgischen Schnellbahn- und Sträßennetzes.

In den kommenden Jahren werden wir uns

- auf europäischer Ebene weiter und verstärkt für eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf dem Gebiet des Straßen- und des Binnenschiffsverkehrs einsetzen;
- auf Bundesebene darauf drängen, daß Verhandlungen über eine Autobahnverbindung zwischen Berlin und Hamburg auf der nördlichen Trasse fortgesetzt und abgeschlossen werden.

Darüber hinaus wird der Schwerpunkt verkehrspolitischer Maßnahmen liegen

- bei dem konsequenten Ausbau des Hamburger Hafens entsprechend dem Hafenentwicklungsplan; dazu gehören die Erschließung und der Ausbau des Hafenerweiterungsgebietes Altenwerder, aber auch die Planfortschreibung und Feststellung für das Tiefwasser-Projekt Neuwerk/Scharhorn;
- bei der Komplettierung des hamburgischen Schnellbahnnetzes durch die Fertigstellung der S-Bahn-Linie City-Altona und City-Wilhelmsburg-Harburg-Neugraben sowie den beschleunigten Bau der U-Bahn-Strecke nach Niendorf;
- bei dem weiteren Ausbau des innerstädtischen Sträßennetzes, wobei als wich-

tigste Maßnahme zu nennen sind: die Fertigstellung der Marschenlinie, der Bau der Hafensrandstraße und der südlichen Umgehung von Wilhelmsburg sowie die Ortsumgehung Langenhorn;

- bei der gezielten Verbesserung der technischen und baulichen Einrichtungen im Bereich des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel, der auf absehbare Zeit ausreichen wird, um den Luftverkehr von, nach und über Hamburg zu bewältigen. Das bedeutet keinen Verzicht auf das Flughafen-Projekt Hamburg-Kaltenkirchen. Der

hafen Hamburg-Fuhlsbüttel bedeutet das konkret, daß wir die bei weiterer Nutzung des Flughafens für die flughafennahe Wohnbevölkerung entstehenden Nachteile durch zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen, auch innerhalb der Lärmschutzzone 2, vermindern werden. Wir bemühen uns, nach diesem Grundsatz – nämlich Nachteile für die Wohnbevölkerung auszugleichen – auch in anderen umwelt-, insbesondere lärm-belasteten Stadtgebieten zu verfahren. Wir wissen jedoch, daß dafür erhebliche finanzielle Aufwendungen nötig sind und wir deshalb nur schrittweise

möglichst schnell und umfassend auf private Unternehmer übertragen.

Wir Sozialdemokraten widersprechen dieser Forderung aus grundsätzlichen Erwägungen. Wir sind überzeugt, daß eine „Privatisierung“ von öffentlichen Aufgaben und Unternehmen letztendlich zu einer Minderung der Lebensqualität für die große Mehrheit der Bevölkerung führen muß, weil private Leistungen vielfach so teuer sein werden, daß die meisten Menschen den Preis nicht bezahlen können. Wir wissen: nur sehr reiche Leute können sich einen in seinen Aufgaben redu-



**22 Ortwin Runde, 33,**  
Angestellter, Schwerpunkt:  
Gesundheits- und Sozialpolitik,  
Hobbies: Politik, Lesen, Fußball.



**23 Lothar Reinhard, 39,**  
Angestellter, Schwerpunkt:  
Gesundheits-, Sozial- und  
Sportpolitik, Hobbies: Skilaufen,  
Tennispielen. 2000 Hamburg  
74, Kaltenbergen 13,  
Tel.: 712 23 64



**24 Hellmut Kalbitzer, 64,**  
Kaufmann, Schwerpunkt:  
Bildungs- und Entwicklungs-  
politik. 2000 Hamburg 55,  
Blankeneser Hauptstr. 141,  
Tel.: 86 32 23

Zeitpunkt seiner Realisierung hängt jedoch ab

- von der tatsächlichen Kapazitätsauslastung in Hamburg-Fuhlsbüttel,
- von der finanziellen Leistungskraft Hamburgs,
- von der konkreten Voraussicht, welche Auswirkung die Realisierung des Projekts auf den Hamburger Arbeitsmarkt haben wird.

Bei allen Maßnahmen im Bereich der Verkehrspolitik werden wir darauf achten, daß neben verkehrspolitischen auch stadtentwicklungspolitische Gesichtspunkte, z. B. des Umweltschutzes, berücksichtigt werden. Aus diesem Grund lehnen wir Stadtautobahnen durch Wohngebiete ab. Für den Flug-

vorankommen werden. Das wird uns jedoch nicht hindern, diese Aufgabe konsequent anzupacken. Wir sind überzeugt, daß Maßnahmen im Bereich des Lärmschutzes konkret zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse in Hamburg beitragen. Und eben dies ist unser Leitziel!

### Für einen leistungsfähigen Staat

In der wirtschaftspolitischen Diskussion der jüngsten Zeit spielt das Stichwort der „Entstaatlichung“ eine besondere Rolle. Der Staat soll sich – nach den Vorstellungen konservativer und liberaler Politiker – von bisherigen staatlichen Aufgaben sowie großen Teilen seiner Beteiligung an öffentlichen Unternehmen trennen und sie

zierten, armen Staat leisten. Die große Mehrheit der Bürger ist auf einen leistungsfähigen und sozialen Staat angewiesen.

Wir Sozialdemokraten werden uns daher allen Bestrebungen nach Entstaatlichung widersetzen, deren Erfolge durch Lohndumping und/oder unzureichende Sozialleistungen zu Lasten der Arbeitnehmer erreicht werden. Denn diese bringen keine vertretbaren Kostenverbesserungen, sondern Kostenverschiebungen für den Staat und Einschränkungen des Besitzstandes der Arbeitnehmer.

Natürlich muß staatliches Handeln sparsam und effektiv zugleich sein. Wir sehen aber die unbestreitbare Tatsache, daß in einer modernen Industriege-



## Wir alle tragen Verantwortung

kapitalistischen Prinzip des „Laissez faire“ verfahren werden kann. Das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ führt insbesondere im Bereich der Wirtschaft zur Freiheit für wenige und zur Abhängigkeit vieler.

Wir Sozialdemokraten sind keine Befürworter eines sich ungehemmt ausdehnenden staatlichen Engagements in der Wirtschaft. Wir bejahen jedoch ausdrücklich die sozial- und wirtschaftspolitische Ordnungs- und Gestaltungsfunktion des Staates. Der Staat setzt Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft, fördert sie

tät mit den Arbeitnehmern dieser Stadt und ihren Gewerkschaften, denen wir uns durch Geschichte und Überzeugung verbunden fühlen. Mit ihnen wollen wir eng zusammenarbeiten. Wir betonen jedoch gleichzeitig unsere unveränderte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern.

Wir alle tragen Verantwortung und müssen entsprechend verantwortlich handeln. Das setzt voraus, daß wir die Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsleben Beteiligten verstärken und neue Formen der überbetrieblichen Mitbestimmung

- bei der Arbeitsverteilung (Reduzierung bzw. Neuverteilung der Gesamtarbeitszeit) ohne Eingriff in die Tarifautonomie;
- bei der Arbeitsverwaltung (Verbesserung der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter in enger Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern);
- im Bereich der Bildungspolitik (Intensivierung der Berufsberatung in der Schule, bessere Berufsbildung, bedarfsgerechte Umschulung und Fortbildung).

Wir Sozialdemokraten werden uns um die Wiedererlangung

der Vollbeschäftigung vorrangig und mit allen Kräften kümmern, nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern primär aus humanitären und allgemeinpolitischen Gründen. Wir bejahen das Recht auf Arbeit und wissen, daß die tatsächliche Verweigerung dieses Rechts für eine große Zahl von Menschen zu schweren sozialen und politischen Spannungen führen würde. Das muß und kann vermieden werden.



25 Elisabeth Kiausch, 45, Geschäftsführerin, Schwerpunkt: Haushaltspolitik, Petitionen, öffentl. Dienst, Hobbies: Lesen, Gartenarbeit. 2000 Hamburg 54, Lampéstr. 13c, Tel.: 570 77 67



26 Heiner Widderich, 42, Personalratsvorsitzender, Schwerpunkt: Jugend- und Sportpolitik, Hobbies: Hallenhandball und Tischtennis. 2000 Hamburg 72, Kuhkoppel 1, Tel.: 644 63 30



27 Ralf Heyne, 37, Lehrer, Schwerpunkt: Umwelt-, Gesundheit-, Sozial- und Bildungspolitik, Hobbies: Schach, Lesen, Schwimmen. 2104 Hamburg 92, Heidkrug 10



28 Jan Ehlers, 39, Wiss. Angestellter, Schwerpunkt: Sozial- und Gesundheitspolitik. 2000 Hamburg 62, Theodor-Fahr-Str. 45, Tel.: 291 88 24 90

finanziell und lenkt sie mittelbar durch seine Gesetzgebung. Er ist selbst Arbeitgeber und Investor. Der Einsatz des Wirtschaftspotentials der öffentlichen Unternehmen zur direkten und indirekten Sicherung von Arbeitsplätzen ist eine Wirtschafts- und arbeitspolitische Notwendigkeit.

Zusammengefaßt heißt das: Der Staat ist Teilnehmer an der Wirtschaft und muß sich in gemeinsamer Verantwortung mit den anderen Beteiligten – den Arbeitnehmern und ihren Organisationen, den Gewerkschaften sowie den Unternehmern und ihren Verbänden – um eine störungsfreie, problemlösende Entwicklung unserer Wirtschaft kümmern. Wir Sozialdemokraten bekennen unsere Solidari-

erproben. Zugleich müssen wir alle denkbaren Anstrengungen unternehmen, um mit dem wirtschaftspolitischen Hauptproblem der Arbeitslosigkeit fertig zu werden.

Die Unternehmen der privaten Wirtschaft können dieses Hauptproblem unserer Zeit allein und mit ausschließlich marktwirtschaftlichen Mitteln nicht lösen. Hier sind zusätzliche staatliche bzw. vom Staat eingeleitete und koordinierte Maßnahmen nötig, z. B.

- bei der Formulierung und Realisierung neuer konjunktur- und strukturpolitischer Investitionsprogramme;
- bei der Entwicklung neuer Technologien und der Erschließung neuer Märkte;

## Bewahrung und Erneuerung unserer Stadt und Stadtteile

### Für mehr Lebens- und Wohnqualität

Leitziel unserer Stadtentwicklungspolitik für Hamburg ist die weitere Verbesserung der allgemeinen Wohn- und Lebensverhältnisse. Die Menschen sollen in Hamburg nicht nur Arbeit und guten Verdienst finden; wir wollen, daß sie sich hier auch wohl und zu Hause fühlen. Bei der Verwirklichung dieses Zieles kommt uns allen entgegen, daß sich die Menschen in Hamburg in besonderer Weise mit ihrer Stadt identifizieren und bereit sind, sich für die Stadt insgesamt und für ihren Stadtteil einzusetzen.

Trotz dieser positiven Grundeinstellung haben in den vergangenen Jahren über 100 000 Menschen unsere Stadt verlassen und sind in das Hamburger Umland gezogen. Die Einwohnerzahl Hamburgs ist, bedingt durch diese Abwanderung, aber auch als Folge des Geburtenrückgangs, abgesunken und wird auch in den kommenden Jahren weiter abnehmen.

Diese rückläufige Bevölkerungsentwicklung, die wir auch in anderen deutschen und europäischen Großstädten erleben, ist mit erheblichen Nachteilen verbunden, ja sogar gefährlich. Insbesondere die Stadtteile in den Zentren der

## Menschenwürdige Wohnungen in einer human gestalteten Umwelt

Städte drohen zu veröden, verlieren ihre Wohn- und damit auch Versorgungsfunktion und verwandeln sich in Büroviertel. Durch innerstädtische Wanderungen ergeben sich zudem weitreichende soziale Veränderungen, die zu einer Schwächung gewachsener Gemeinschaftsbezüge führen und den Abwanderungstrend noch verstärken. Im Ergebnis registrieren wir – nicht zuletzt auch als Folge der durch den Bevölkerungsverlust geminderten Steuerkraft – eine Gefährdung der allgemeinen Lebensqualität und eine Schwächung der großstädtischen Metropolfunktion. Für Hamburg wollen wir diese Entwicklung stoppen und schrittweise ins Positive wenden. Die Attraktivität Hamburgs muß weiter gesteigert werden. Das setzt voraus, daß wir die Ursachen für die Abwanderung zur Kenntnis nehmen und durch gezielte Stadtentwicklungspolitische Maßnahmen überwinden.

### Für soziale Wohnungspolitik

Entscheidender Grund für die Abwanderung sind Wohnungsprobleme:

- noch immer haben Menschen Schwierigkeiten, in Hamburg eine ihnen zuzugende Wohnung zu finden;
- die Mieten sind auch im sozialen Wohnungsbau relativ hoch;
- viele Wohnungen sind zu klein oder schlecht ausgestattet;
- das Wohnumfeld entspricht in seinem gegenwärtigen Zustand vielfach nicht den Bedürfnissen der Mieter;
- der Wunsch nach einem Eigenheim ist in Hamburg entweder gar nicht oder nur zu besonders hohen Kosten erfüllbar.

Um alle diese Probleme haben wir uns intensiv gekümmert, sind dabei auch, für alle sichtbar, ein gutes Stück vorangekommen. Dennoch bleibt noch viel zu tun, müssen auch in Zukunft erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die Wohnungs- und Wohnprobleme in Hamburg zu lösen.

Für uns Sozialdemokraten ist das eine Aufgabe mit besonderer Priorität. Denn für uns ist ein menschenwürdiges Leben nur denkbar in einer human gestalteten Wohnumwelt und in Wohnungen, die den Bedürfnissen ihrer Bewohner gerecht werden. Wir werden uns daher auch in Zukunft mit Nachdruck um diese wohnungspolitischen Probleme kümmern. Dabei ver-

fahren wir zweigleisig. Wir ver-wirklichen

- Neubauprogramme, die den noch bestehenden Bedarf an Wohnungen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ befriedigen, und entwickeln zugleich
- Stadterneuerungsprogramme, die sowohl Mängel der Wohnungen als auch des Wohnumfeldes (der Umwelt und der städtischen Infrastruktur) beseitigen.

Ergänzt werden unsere Bemühungen durch die Aufschließung und – räumlich begrenzte – Bereitstellung von städti-

und Formen verdichteter Bauweise – Stadthaus – stärker im Vordergrund stehen sollten. Zusammen mit den Interessenten sind neue Formen des genossenschaftlichen Bauens zu entwickeln. Dabei soll geprüft werden, wieweit dafür städtischer Grund der Genossenschaft in Erbbaurecht gegeben werden kann, welche Formen der Eigenhilfe entwickelt und angeboten werden und welche Finanzierungsmodelle geeignet sein können.

Der hohe Bestand an Sozialwohnungen, den wir in Hamburg haben, hat neben dem

sächlichen Bedarf hinaus zur Verfügung stehen muß.

Von diesen Zahlen ausgehend, werden wir in den kommenden Jahren jährlich etwa 6000 Wohnungen bauen; davon 5000 im öffentlich geförderten oder steuerbegünstigten Wohnungsbau, 1000 frei finanziert. Soweit möglich, sollen die neuen Wohnungen nicht mehr auf grüner Wiese am Stadtrand, sondern auf erschlossenen innerstädtischen Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft zu städtischen Zentren errichtet werden. Dabei werden wir darauf achten,



29 **Hans-Jürgen Grambow**, 32, Rechtsanwalt, Schwerpunkt: Rechts-, Innen- und Bildungspolitik, Hobbies: Lesen und Angeln. 2000 Hamburg 67, Stüffelring 20, Tel.: 604 88 46



30 **Hans Saalfeld**, 49, Vorsitzender des DGB Hamburg, Schwerpunkt: Sozial-, Wirtschafts-, Struktur- und Verkehrspolitik, Hobbies: Familie, Garten, Wandern, Ausgleichssport. 2000 Hamburg 62, Fehnweg 46, Tel.: 520 37 95



31 **Eugen Wagner**, 35, Kaufmännischer Angestellter, Schwerpunkt: Stadtentwicklungs- und Stadtplanungspolitik, Hobbies: Musik. 2103 Hamburg 95, Ostrieslandstr. 11

schen Grundstücken im Erbbaurecht für den privaten Eigenheimbau. Dennoch bleibt der Eigenheimbau auch auf diesen Grundstücken kostspielig, so daß der Traum vom eigenen Haus auch in Zukunft für viele nur ein Traum sein wird. Wir wollen jedoch mit unserer Politik erreichen, daß in Hamburg auch die Bezieher mittlerer Einkommen, besonders junge und kinderreiche Familien, eine faire Chance zum Bau eines eigenen Hauses erhalten.

Wir werden uns dabei für neue Modelle bei der Bildung von Eigentum einsetzen und diese fördern. So meinen wir, daß anknüpfend an Traditionen der Arbeiterbewegung der Genossenschaftsgedanke sowie die Möglichkeiten der Eigenhilfe

Zweck, einkommensschwache Bevölkerungsschichten mit Wohnraum zu versorgen, auch einen mietpreisbegrenzenden Effekt. Daher lehnen wir eine Umwandlung von sozialen Mietwohnungen und Reihenhäusern in Wohnungseigentum ab. Ebenso lehnen wir eine Förderung der Rückzahlung öffentlicher Mittel für ältere Sozialwohnungen ab, weil damit das Auslaufen der Kostenmiete verbunden ist.

Der zahlenmäßige Bedarf an neuen Wohnungen läßt sich nicht mit absoluter Genauigkeit bestimmen. Er wird auf 50 000 bis 60 000 Wohnungen geschätzt. Hinzu kommt ein gewisser Überhang an Wohnungen, der aus Gründen der Marktregulierung über den tat-

- daß in Zukunft in kleineren Gebäudeeinheiten mit nicht zu vielen Geschossen größere Wohnungen für Familien mit Kindern gebaut
- und zugleich bei weiterer Qualitätsverbesserung die Kostensteigerungen für Neubaumieten in erträglichen Grenzen gehalten werden.

Beides erfordert einen erheblichen zusätzlichen Einsatz öffentlicher Mittel, die nach unserer Auffassung trotz großer Haushaltsenge zur Verfügung gestellt werden müssen; nicht nur zum Zweck der zahlenmäßigen Programmerfüllung, sondern auch und in erster Linie, um einen weiteren überdurchschnittlichen Anstieg der Mieten, vor allem im öffentlich ge-

## Das Wohnumfeld älterer Stadtteile verbessern

förderten sozialen Wohnungsbau, zu verhindern. Dabei geht es uns nicht nur um die Mieten für neuere Sozialwohnungen. Auch bei älteren Sozialwohnungen sind die Mieten oft hoch und übersteigen in vielen Fällen das Leistungsvermögen der Mieter.

Hier hilft das staatliche Wohngeld, eine bundesstaatliche Leistung, die durch ein hamburgisches Sonderprogramm noch verbessert worden ist. Wir Sozialdemokraten bejahen diese Wohngeldregelung als notwendige individuelle Ergänzung zur objektbezogenen Wohnungsbauförderung. Dieses Förde-

Zur Bereinigung dieser Verzerrungen sind in der Vergangenheit viele Ideen entwickelt und Vorschläge gemacht worden. Gefordert werden die Einführung einer Wohnwertmiete und eine Nachsubventionierung für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Bislang ist jedoch nur wenig getan worden, um diese Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Das muß jetzt geschehen; die Mieter erwarten es, und zwar in erster Linie von uns Sozialdemokraten. Wir dürfen und werden sie nicht enttäuschen!

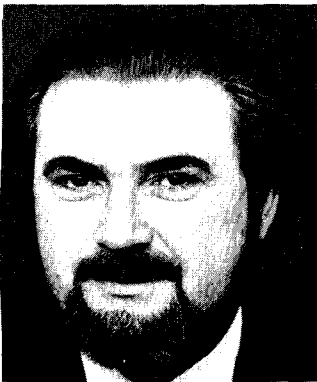
Dabei wissen wir sehr wohl, daß eine Bereinigung der Mieten-

### Für Stadterhaltung und Stadterneuerung

Gleichrangig neben dem Neubauprogramm steht unser Programm zur Stadterneuerung, mit dem wir uns um ältere gewachsene Stadtteile kümmern, die wir nicht im Wege der Kahlchlagsanierung abreißen und wieder aufbauen, sondern in ihrem gewachsenen Milieu erneuern wollen. Natürlich geht es bei der Stadterneuerung auch um Wohnungsneubau. Im Vordergrund stehen jedoch Programme für die Instandsetzung und Modernisierung von älteren, zumeist vor dem Krieg

Schaffung von Alten- und Behindertenwohnungen tritt. Damit Modernisierungen nicht zu unerträglichen und unangemessenen Mieterhöhungen führen, streben wir an, das Wohnungsmodernisierungsgesetz dahingehend zu ändern, daß die Laufzeit und die Höhe der Modernisierungskostenumlage begrenzt wird.

Wir werden durch gezielte Maßnahmen das Wohnumfeld bestehender Stadtteile verbessern. Dazu gehören besonders auch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die die Hauptstörungen, wie Lärm, Gestank und



32 **Bodo Schumann**, 40, Lehrer, Schwerpunkt: Bildungs-, Schul- und Sozialpolitik. 2000 Hamburg 56, Gudrunstr. 99, Tel.: 81 28 64



33 **Irma Wulff**, 49, Hausfrau, Schwerpunkt: Sozial- und Baupolitik, Hobbies: Gartenarbeit, Stricken, Segeln, Enkelkinderhüten. 2000 Hamburg 61, König-Heinrich-Weg 167, Tel.: 551 31 84



34 **Frauke Martin**, 33, Studentin, Schwerpunkt: Frauenpolitik, Stadtentwicklung, Gesundheitswesen, Hobbies: Lesen, Musik, Kartenspielen. 2000 Hamburg 60, Erich-Ziegel-Ring 50, Tel.: 630 99 75



35 **Dr. Ingrid Seeler**, 49, Hausfrau, Schwerpunkt: Kunst und Wissenschaft, Hobbies: Musik, Literatur, Kochen und Backen.

rungssystem allein reicht jedoch nicht aus, um die Mietenproblematik im sozialen Wohnungsbau befriedigend lösen zu können. Hier gibt es Verzerrungen, die nicht zu rechtfertigen sind und die dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger widersprechen.

Unbefriedigend bleibt insbesondere,

- daß die Mieten im sozialen Wohnungsbau unterschiedlich hoch sind, wobei das nur zum Teil durch Qualitätsmerkmale gerechtfertigt ist;
- daß das bisherige Förderungssystem Mietpreissprünge, unabhängig von der Situation auf dem Wohnungsmarkt und ohne Rücksicht auf die zukünftige Entwicklung der Löhne und Einkommen, vorprogrammiert.

problematik angesichts der großen Schwierigkeiten und unterschiedlichen Interessenlagen nur gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen ist. Wir werden uns dadurch aber nicht entmutigen lassen, sondern im eigenen Bereich handeln und über den Bundesrat initiativ werden, um bundeseinheitliche Programme zu verwirklichen. Soweit dafür zusätzliche Mittel erforderlich sind – was bei einer Nachsubventionierung unvermeidbar ist – werden wir darauf drängen, daß die öffentlichen Hände diese Mittel zur Verfügung stellen – notfalls zu Lasten anderer Aufgaben.

gebauten Wohnungen und um Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, z. B. durch zusätzliche Begrünung oder die Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen, durch Einrichtung von Spielplätzen, Jugendtreffpunkten und den Bau von Altentagesstätten.

Wir werden unser erfolgreiches Modernisierungsprogramm fortsetzen und erweitern. Um dabei das Wohnungsangebot mit den Wünschen der Wohnungssuchenden in Einklang zu bringen, ist es erforderlich, daß neben die Förderung der Ausstattung älterer Wohnungen mit neuzeitlichen Einrichtungen auch eine Förderung von Grundrißveränderungen und Wohnungszusammenlegungen sowie auch die

Gefahren für die Kinder, bekämpfen sollen. Wir Sozialdemokraten werden darauf achten, daß über „Wohnstraßen“ zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf attraktiven und sicheren Wegen Schulen und Grünzonen erreicht werden können.

Diese Politik der Stadterneuerung, die langfristig angelegt ist und über mehr als eine Legislaturperiode hinweg fortgesetzt werden muß, planen und verwirklichen wir unter dem – inzwischen bundesweit übernommenen – Leitbegriff „Stadtteilentwicklungspolitik“. Mit diesem Begriff wollen wir ausdrücken, daß es uns bei der Stadterneuerung nicht um Pauschallösungen, sondern um gezielte, auf die einzelnen Stadt-

## Unsere Vision: die lebendige, lebenswerte und humane Stadt

teile abgestellte Einzelprogramme geht, mit denen wir die von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlichen Mängel beseitigen werden.

Die Planung und die Durchführung solcher Einzelprogramme erfordern ein hohes Maß an Detailkenntnis, das durch sorgfältige Untersuchungen gewonnen werden muß. Daran haben wir in den vergangenen Jahren begonnen, diese neue Politik der Stadtteilentwicklung zu verwirklichen, und zwar mit Vorrang in den Stadtteilen Ottensen, Altona-Altstadt/Süd, St. Pauli und St. Georg sowie in Harburg und – als Zusatzprogramm, mit dessen Verwirklichung wir jetzt beginnen – in Wilhelmsburg. Die Prioritätsentscheidung für diese Stadtteile erklärt sich

- aus ihrem städtebaulich besonders schlechten Zustand;
- aus der entsprechend ungünstigen Bevölkerungsentwicklung, die gekennzeichnet ist durch Abwanderung der jungen Familien mit überdurchschnittlichen Einkommen, durch Zuwanderung von sozial schwächeren Familien und einen hohen Ausländeranteil;
- aus unserem Bestreben, eine Verödung der sogenannten Inneren Stadt (das sind die Stadtteile im Umkreis von 6 km rund um das Rathaus) zu verhindern.

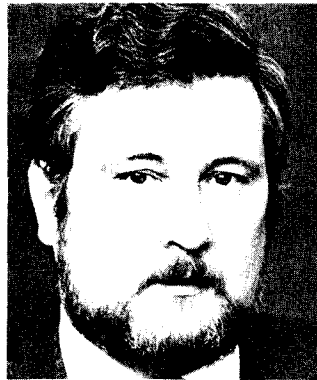
Die Erfolge, die wir mit dieser Politik erzielt haben, sind unbestreitbar, weil unübersehbar. Die Gefahr der Verödung ganzer Stadtteile ist abgewendet. Die Menschen erleben, daß sich in ihrem Stadtteil etwas tut, und sind in zunehmendem Maße selber bereit, den Prozeß der Erneuerung auch durch eigenes finanzielles Zutun voranzutreiben. Und das, obwohl Stadterneuerungsmaßnahmen immer ein gewisses Maß an Beunruhigung in ein Wohngebiet hineinbringen.

Es ist uns offensichtlich gelungen, die Bürger für unser Programm der Stadterneuerung zu gewinnen. Dafür gibt es gute Gründe:

- die verbesserte Information und Aufklärung der betroffenen Bevölkerung;
- unser erfolgreiches Bemühen, Gemeinschaftsbezüge und Nachbarschaften in den Stadterneuerungsgebieten soweit wie möglich zu erhalten;
- die zusätzlichen Kosten für Eigentümer und Mieter, die durch Stadterneuerungsmaßnahmen und Wohnwert-

verbesserung entstanden sind, halten sich durch erhebliche staatliche Zuschüsse in Grenzen.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir uns mit unserem Programm der Stadterneuerung auf einen langen, mühevollen Weg begeben haben. Wir sind aber überzeugt, daß Hamburg diesen Weg gehen muß und daß sich der erforderliche Einsatz an Arbeit und Geld für die Menschen, die jetzt hier leben und zukünftig leben werden, lohnt. Wir werden daher die eingeleiteten Maßnahmen der Stadterneuerung und Modernisierung in den nächsten Jahren



36 **Jörg König**, 35, Angestellter, Schwerpunkt: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Energiepolitik, öffentliche Unternehmen, Hobbies: Haus und Garten, Lesen, Schwimmen, Skilaufen.

verstärkt fortsetzen und durch zusätzliche Programme – z.B. für die Neustadt, für Eimsbüttel-Süd, für Billstedt, Hamm und Rothenburgsort – ergänzen.

### Für mehr Mitwirkung der Bürger in den Wohnbereichen

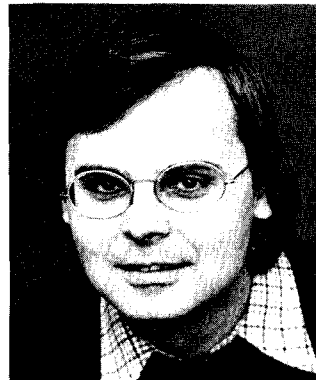
Neben der Mitbestimmung in den Betrieben und der Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung fordern wir Sozialdemokraten mehr Mitsprache und Mitwirkungsrechte der Mieter im Bereich ihrer Wohnung und ihres Wohnumfeldes und bei den das Mietverhältnis berührenden Entscheidungen.

Kommunale Mitbestimmung wird nicht nur durch Parlamentsbeschlüsse oder Regierungsverordnungen verwirk-

licht, sondern setzt eine sich selbst organisierende demokratische Bewegung der Mieter voraus. Wir fördern deshalb die Errichtung von Mieterbeiräten, die u.a. an folgenden Aufgaben mitwirken sollen:

- Instandsetzung und Modernisierung der Wohnanlage, sowie Verwendung der Bewirtschaftungsmittel;
- Gestaltung bzw. Schaffung der Gemeinschafts-Außenanlagen des Wohnumfeldes;
- Selbstverwaltung der Wohnanlage.

Gegenüber dem Mieterbeirat sind die Umlagekosten offen zu legen, bei Mieterhöhungen im



37 **Helmuth Frahm**, 31, Lehrer, Schwerpunkt: Sozial-, Gesundheits- und Jugendpolitik, Hobbies: Literatur aller Art, 2100 Hamburg 90, Max-Halbe-Str. 36, Tel.: 763 65 16

öffentlich geförderten Wohnungsbau, bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auch die Kalkulation.

Der Aktionsrahmen der Mietermitwirkung muß jedoch über den konkreten Wohnbereich hinausreichen. Notwendig sind darüber hinaus Mitwirkungsmöglichkeiten in Fragen der Entwicklung und Gestaltung des Stadtteils. Dazu gehören über das Wohnumfeld hinausreichende Fragen der Modernisierung von Wohnquartieren und Stadterneuerung, Verkehrsplanungen im Stadtteil, Freizeiteinrichtungen, sozialen Dienste.

Wir Sozialdemokraten werden darauf achten, daß die neuen Formen der Bürgerbeteiligung nach dem Bundesbaugesetz nicht nur formal eingesetzt wer-

den, sondern in einem intensiven Gespräch mit dem Bürger über verschiedene Planvorstellungen genutzt werden. Die Beteiligung der Bürger an der Planung ist in größtmöglichem Maße durch die Bezirksversammlungen oder durch ihre Ausschüsse durchzuführen.

Diese direkte Mitwirkung der Bürger am örtlichen Willensbildungsprozeß ist für Sozialdemokraten eine notwendige Ausfüllung der repräsentativen Demokratie im kommunalen Bereich, um das Vertrauen zwischen Bürgern und Abgeordneten zu fördern.



38 **Rolf Lange**, 38, Diplom-Politologe, Schwerpunkt: Sozialpolitik, 2000 Hamburg 70, Hammerstr. 123, Tel.: 68 31 20

### Für eine lebenswerte Stadt

Wir werden uns um die kleinen, für den Bürger nicht weniger wichtigen stadteilspezifischen Ärgernisse ebenso kümmern wie um die übergreifenden Probleme (z.B. Ausländer-Problematik). Unser Ziel ist die schrittweise Verbesserung der gesamten städtebaulichen Substanz in Hamburg. Unsere Vision: die auch in der City und in den Kerngebieten wiederbelebte, die lebendige, die lebens- und lebenswerte, die humane Stadt. Diese Vision beflügelt uns alle.

Wir alle wissen: human ist oder wird eine Stadt nicht durch ihre perfekte städtebauliche Ordnung. Human wird sie durch die Menschen, die hier wohnen, arbeiten und in dem Bewußtsein

## Für eine bürgernahe und stadtteilbezogene Kulturarbeit

leben, sich aufeinander verlassen zu können. Eben darum wollen wir die Menschen in der Stadt halten, wollen wir sie in die City zurückholen, fordern wir sie auf, ihre Stadt in Besitz zu nehmen und mitzuwirken bei dem großen Werk der Erneuerung und der Wiederbelebung. Das Echo, das wir mit dieser Politik gefunden haben, ist groß und ermutigend. Bürger und Bür-

gergruppen – seien es die in Hamburg traditionsreichen Bürgervereine oder auch Bürgerinitiativen – haben sich zu Wort und zur Mitarbeit gemeldet. Sie alle wollen und können dazu beitragen, diese Stadt in ihrem äußeren Erscheinungsbild so zu gestalten, wie wir alle sie uns wünschen: Eine Stadt für Menschen. Unsere Stadt.

der Politiker und von Schule und Erwachsenenbildung. Die Politik soll die Kunst – auch die staatlich subventionierte Kunst – nicht gängeln. Sie muß aber erwarten, daß die Kunst sich öffnet für die Menschen und, wenn die Menschen nicht zu ihr kommen, zu ihnen geht. Hier hat es in den vergangenen Jahren unbestreitbar Fortschritte gegeben. Insbesondere bei Volks- und Stadtteilfesten sind Ansätze und erste Versuche für eine bürgernahe und stadtteilbezogene Kulturarbeit erkennbar geworden. Diese Entwicklung, die von den klassischen kulturellen Einrichtungen

nete Räumlichkeiten nicht vorhanden sind.

- Belebung öffentlicher Freiflächen (z. B. Plätze, Fußgängerbereiche, Grünanlagen) durch Straßenkunst wie Musik- und Theater-Veranstaltungen, Kulturmärkte, mobile Ausstellungen usw.

Wir Sozialdemokraten bemühen uns, wo immer wir können, auf dem Feld offener, stadtteilbezogener Kulturarbeit selbst aktiv zu sein, unterstützen aber zugleich alle Initiativen, die sich aus der Mitte der Bevölkerung heraus bilden, um in diesem Sinne tätig zu werden.

### Ausbau des Kultur- und Freizeitangebots

Der Wohn- und Lebenswert einer Stadt wird maßgeblich beeinflusst durch das in ihr vorherrschende geistig-kulturelle

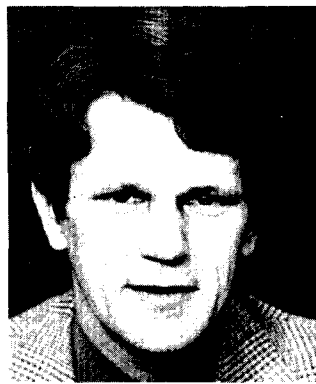
Substanz besitzt, um seine Metropolfunktion erfüllen zu können. Wir Sozialdemokraten fördern und stützen diese kul-



39 **Hubert Piske**, 40, Handelslehrer, Schwerpunkt: Stadtentwicklungspolitik, Hobbies: Malerei.



40 **Dr. Wilhelm Nölling**, 44, Volkswirt, z. Zt. Senator, Schwerpunkt: Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik, Hobbies: Literatur, klassische Musik, Fußball, Wandern. 2000 Hamburg 61, Radenwisch 88, Tel.: 550 15 72



41 **Werner Hammerschmidt**, 41, Lehrer, Schwerpunkt: Bildungs-, Jugend- und Kulturpolitik, Hobbies: Bücher, Kunst, Fotografie.



42 **Wolfgang Curilla**, 35, Rechtsanwalt, Schwerpunkt: Schulpolitik, Justiz, Strafvollzug, Hobbies: Filmen, Literatur, Fußball. 2000 Hamburg 60, Kaemmererufer 20, Tel. 36 52 07

Klima. In Hamburg ist das besonders deutlich. Hier hat sich mit der Oper, den Staats- und Privat-Theatern, den Orchestern, den Museen, dem Kunstverein, dem Kunsthaus, den Bibliotheken, dem NDR-Hörfunk und -Fernsehen, den ZDF-Landesstudios, den Filmateliers und Musikstudios ein kulturelles Zentrum mit nationaler, ja sogar internationaler Ausstrahlung entwickelt. Dazu gehört die Hamburger Szene mit Galerien, Jazzlokalen, Programmkinos und kulturellen Vereinigungen.

Für Hamburg – für das kulturelle Selbstbewußtsein seiner Bürger – ist diese Tatsache wichtig; denn sie macht uns bewußt, daß Hamburg mehr ist als eine Hafen- und Handelsstadt, daß Hamburg auch kulturell genü-

turelle Funktion Hamburgs und damit die vorhandenen kulturellen Einrichtungen dieser Stadt. Darüber hinaus setzen wir uns ein für zusätzliche kulturelle Projekte, z. B. ein kommunales Kino.

Wir sehen, daß das kulturelle Angebot immer noch zu wenige Menschen erreicht. Es muß jedem zugänglich sein und von möglichst vielen tatsächlich angenommen werden können. Die Künste sind von ihrem Selbstverständnis her eine geistige Herausforderung. Das muß so sein. Der hohe künstlerische Anspruch darf aber nicht dazu führen, daß einer Mehrheit der Bevölkerung der Zugang zur Kunst verbaut wird. Das kann verhindert werden durch gemeinsame Bemühungen der Künstler, der Bürger,

mit unterstützt worden ist (und die auch von den künstlerischen Hochschulen mit unterstützt werden sollte), wollen wir in Zukunft besonders fördern. Wir sehen darin eine Möglichkeit, die Kunst zu den Menschen zu bringen. Erreichen wollen wir das auch durch Maßnahmen, die die Kreativität des Einzelnen fördern, u. a. durch

- Aktivierung bereits vorhandener Einrichtungen (z. B. öffentliche Bücherhallen, Schulen, Häuser der Jugend, Behördenräume) durch kulturelle Veranstaltungen verschiedener Art;
- Bildung von Treffpunkten für kulturelle Zwecke (z. B. Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Filmvorführungen usw.) überall dort, wo geeig-

Kulturpolitik hat unbestreitbar ihren eigenen Stellenwert. Sie ist jedoch nach unserem Verständnis immer auch eingebettet in die allgemeine Gesellschaftspolitik, deren Ziel es ist, den Menschen ein erfülltes, menschenwürdiges Leben in Freiheit zu ermöglichen. Dazu gehört besonders in einer Millionenstadt wie Hamburg ein ausreichendes, räumlich gut verteiltes Angebot für sinnvolle Freizeitgestaltung.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit steigen die Chancen der Menschen, sich in der freien Zeit als Individuen zu bestätigen und zu verwirklichen. Es geht darum, diese Chancen zu nutzen.

Der Staat will und darf Freizeit nicht reglementieren und Frei-



## Entfaltung der Persönlichkeit in allen Lebensbereichen

zeitgestaltung nicht verordnen. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, daß der Staat durch Information, Anregungen und konkrete Angebote das Freizeitverhalten der Menschen bereichert und inhaltliche Beispiele setzt, an denen sich sowohl der Einzelne als auch private Organisationen orientieren können.

Der Freizeitbereich unterliegt einer zunehmenden Kommerzialisierung. Es ist daher erforderlich, auch öffentliche Freizeitzentren zu schaffen und zu fördern, in denen die Bevölkerung ihre Freizeit möglichst vielfältig selbst gestalten kann.

Zu den privaten Organisationen, die in der Freizeitgestaltung eine besondere Rolle spielen, gehören die Vereine. Sie schaffen Betätigungsfelder in großer Vielfalt und ermöglichen Gemeinschaftsbildungen über den engeren familiären Bereich hinaus und frei von den „normalen“ Einschränkungen am Arbeitsplatz. Dadurch wird der in einer industriellen Massengesellschaft vorhandene Streß gemildert, das soziale Klima spürbar verbessert; dies um so mehr, als sich die Vereine den neuen Gegebenheiten und Bedürfnissen angepaßt haben und bereit sind, die gesellschaftlich bedeutsame Seite ihres Wirkens stärker zu betonen. Wir Sozialdemokraten begrüßen das.

Unter den vielen Vereinen nehmen die Sportvereine einen herausragenden Platz ein. Durch sie werden die Menschen unmittelbar zu eigener Aktivität angeregt und angeleitet: Sie bieten gute Möglichkeiten für Erholung und Selbstbestätigung in einer sportlichen Gemeinschaft, die sie formen und die rückwirkend die einzelnen Menschen formt. Gemeinschaftserlebnisse, die so vermittelt werden, sind für Menschen aller Altersstufen wichtig. Von besonderer Bedeutung sind sie jedoch für junge Menschen, die hier eine Chance zur Befriedigung von Grundbedürfnissen, z. B. nach Anerkennung und Geborgenheit, erhalten.

Die Tätigkeit der Sportvereine und -verbände verdient daher ideelle Anerkennung und materielle Unterstützung durch den Staat und durch die Öffentlichkeit. Wir Sozialdemokraten machen uns dafür stark. Wir werden uns vor allem dafür einsetzen, daß

- die gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Sport selbstverwaltung fortgesetzt wird;

- die Sportvereine und -verbände vom Staat weiterhin finanziell unterstützt und damit in die Lage versetzt werden, ihre laufenden Aufwendungen für immer mehr Mitglieder zu finanzieren;

- der Sportstättenbau in Hamburg, den Aussagen des Sportrahmenplanes folgend, weiter vorangetrieben wird.

Zur Klarstellung unserer sportpolitischen Position fügen wir hinzu: Durch staatliche Zuwendungen wollen wir in erster Linie den Breitensport fördern. Wir wissen, daß der Leistungssport u. a. für die Motivation

Ausbau der inneren und äußeren Pressefreiheit und die Stärkung der Pressevielfalt. Die Informations- und Äußerungsmöglichkeiten des einzelnen sind heute durch eine privatwirtschaftliche, markt- und absatzorientierte Presse allein nicht garantiert. Wir werden deshalb einer weiteren Konzentration der Presse im Interesse der Erhaltung der Meinungsvielfalt entgegenwirken. Wesentliche Bedingung für die Aufrechterhaltung der Meinungsvielfalt sind die Rundfunk- und Fernsehanstalten. Ihre öffentlich-rechtliche Struktur hat sich bewährt. Sie garantiert Un-

abhängigkeit von kommerziellem Interesse und verhindert eine einseitige politische Richtungsbestimmung durch Eigentümer. Wir wollen weder Privat- noch Staatsfunk. Seit einiger Zeit scheint die Union entweder den NDR zerschlagen zu wollen – um Privatfunk zu machen, oder sie scheint den NDR disziplinieren zu wollen – um Staatsnähe zu erreichen. Wer so die Medienvielfalt weiter einschränkt, gefährdet die Meinungs- und Informationsfreiheit.

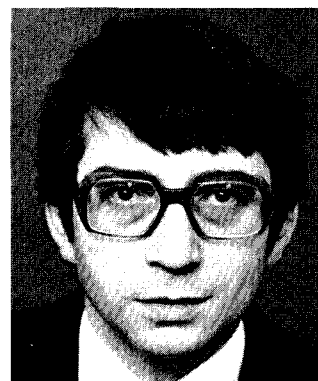
Diesem Druck auf die Medien werden wir mit allen Mitteln entgegenzutreten.



43 Jan Jalass, 40, Geschäftsführer, Schwerpunkt: Hafen-, Wirtschafts-, Sozialpolitik, Hobbies: Laufen, Segeln. 2000 Hamburg 54, Spanns-kampf 31 a, Tel.: 54 25 28



44 Paul Busse, 39, Parlamentarischer Geschäftsführer, Hobbies: Fußball, Skat. 2000 Hamburg 63, Gerckens-platz 14



45 Bodo Fischer, 42, Geschäftsführer, Schwerpunkt: Bildungs-, Umweltschutz- und Kulturpolitik, Hobbies: Musik, Briefmarkensammeln. 2000 Hamburg 71, Werfelstieg 14, Tel.: 640 37 68

der Menschen zu eigener sportlicher Betätigung wichtig sein kann. Daraus folgern wir, daß auch der Leistungssport Ansprüche auf staatliche Förderung geltend machen kann. Wir sind bereit, diese Ansprüche in vernünftigen Grenzen anzuerkennen, weigern uns aber, diese Anspruchsberechtigung – von Ausnahmen abgesehen – auch auf den Profi-Sport auszuweiten. Für den Profi-Sport gelten – auch nach dem Willen der Akteure – die Gesetze des Marktes.

### Für Medienfreiheit

Unsere Demokratie kann ohne Medien, die die volle Vielfalt der öffentlichen Meinungen repräsentieren, nicht leben. Wir Sozialdemokraten treten deshalb ein für die Bewahrung und den

## Sicherung der Zukunftschancen unserer Jugend

Die Bildungspolitik gehört seit Jahren zu den Politikbereichen, über die am heftigsten diskutiert und gestritten wird, denn in kaum einem anderen Politikbereich treten Grundwerte und Zielvorstellungen politischen Handelns so offen zu Tage wie in der Bildungspolitik, in der es um die Zukunftschancen der nachwachsenden Generationen und damit auch um die Gestaltung der Zukunft unseres Landes insgesamt geht. Daran wird sich aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren nichts ändern. Und das ist im Prinzip auch gut so. Zumindest einen wichtigen Fortschritt hat diese Diskussion gebracht:

die allgemeine Einsicht, daß die volle Verwirklichung des Rechts auf Bildung Voraussetzung ist für eine freie und humane Gestaltung unserer Gesellschaft, in der allen Menschen gleiche Chancen zur Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit gewährleistet werden.

Dennoch hat der Streit um Schulen und Hochschulen auch negative Auswirkungen, die unübersehbar und mit dem Wort „Verunsicherung“ zutreffend zu beschreiben sind. Zu dieser Verunsicherung haben alle Parteien beigetragen.

Auch wir Sozialdemokraten können uns dieser kritischen Bewertung nicht entziehen. Wir



räumen ein, daß wir — in dem Bemühen, die unbestreitbaren qualitativen und strukturellen Mängel des gegenwärtigen Bildungssystems zu überwinden — gelegentlich zu hastig vorgegangen sind und zu viele Aufgaben auf einmal angepackt haben. Damit haben wir die Lehrer, Eltern und Schüler überfordert und uns von ihren Überzeugungen unnötigerweise entfernt. Diesen Fehler haben wir korrigiert. Bildung ist für uns Sozialdemokraten eine wesentliche Vorbedingung für die Entfaltung der Persönlichkeit in allen Lebensbereichen und damit auch Vor-

solidarischem Handeln. Die nachwachsende Generation soll befähigt werden, mit den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen, die sich schon heute abzeichnen, auf eine verantwortungsbewußte und demokratische Weise fertigzuwerden. Die konservativen Kritiker unserer Bildungspolitik müssen sich vorhalten lassen, daß sie noch immer in den bildungspolitischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts denken und handeln. Für sie ist das Recht auf Bildung kein allgemeines und im Prinzip gleiches, sondern ein abgestuftes Recht, das den

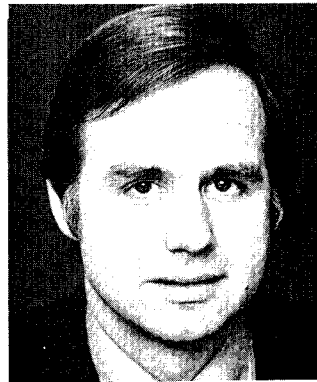
Wirtschaftsprozeß sein. Für uns Sozialdemokraten ist Bildung deshalb auch ein Wert an sich. Das bedeutet für uns: Durch eine umfassende Qualifikation, eine allseitige Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten jedem Menschen die Voraussetzung zu schaffen, sein Leben in allen Bereichen selbstbestimmend zu gestalten.

Wir Sozialdemokraten treten ein für die Fortsetzung, aber zugleich auch für eine Versachlichung der Diskussion über die Bildungspolitik. Wer sachlich prüft und fair urteilt, muß zugeben: Hamburg hat im Bil-

relativ stärker als die Zahl der Schüler. Nach der für 1977/78 beschlossenen erneuten Vermehrung der Lehrerschaft werden an allen allgemeinbildenden Schulen, gemessen an den gültigen Stundentafeln, genügend Lehrer zur Verfügung stehen — von einigen Mangel-fächern, für die es nicht genug fachlich qualifizierte Lehrer gibt, abgesehen. Der Unterrichtsausfall, der nie ganz vermieden werden kann, ist gering. Die schulische Versorgung der Auszubildenden ist in keinem Bundesland besser. Hamburg verfügt über ein differenziertes, ständig wachsendes System



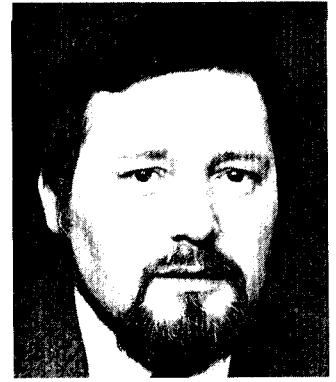
**46 Friedrich Langmaack, 56,** Bundesbahninspektor, Schwerpunkt: Verkehrs-, Bau- und Sportpolitik, Hobbies: Basteln, Lesen, Schwimmen. 2100 Hamburg 90, Nobleestr. 17, Tel.: 765 37 65



**47 Klaus Hansen, 38,** Verwaltungsjurist, Schwerpunkt: Gesundheits- und Sozialpolitik, Stadtplanung, Rechtspolitik und Strafvollzugsreform.



**48 Dr. Wulf Damkowski, 27,** Hochschullehrer, Schwerpunkt: Bildungs- und Hochschulpolitik, Umweltschutz, Hobbies: Waldläufe. 2000 Hamburg 56, Wülpensand 33, Tel.: 81 22 62



**49 Klaus Riedemann, 42,** Lehrer, Schwerpunkt: Verkehrs-, Stadtteilentwicklungs- Kulturpolitik, Hobbies: Theater, Oper, Gartenarbeit, Schwimmen. 2000 Hamburg 61, Kalvslohreystr. 14

aussetzung für die Gestaltung einer Demokratie. Grundlegendes Ziel unserer Bildungspolitik ist daher, jedem jungen Menschen die Verwirklichung seines Rechtes auf Bildung zu ermöglichen; das bedeutet für uns: Aufgabe von Bildungspolitik ist, den jungen Menschen zu selbstbestimmtem, überlegtem persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Handeln sowie zur Wahrnehmung von Grundrechten und ihrer Durchsetzung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu befähigen.

Schwerpunkte unserer Bildungspolitik sind die Verwirklichung von Chancengleichheit, eine umfassende Qualifikation aller Auszubildenden und die Erziehung der jungen Generation zu kritischem Denken und

ohnehin Privilegierten bessere Bildungschancen einräumt als den Kindern aus Arbeiterfamilien. Die immer wieder vorgebrachte Kritik, sozialdemokratische Bildungspolitik produziere zu viele Abiturienten, ist dabei entlarvend. Wir Sozialdemokraten werden eine Politik, die das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit einer kleinen Elite vorbehalten will, unnachgiebig bekämpfen. Wir meinen, daß staatliche Bildungspolitik sich nicht anmaßen darf, die Lebenschancen junger Menschen durch Lenkung und Auslese zu verwalten; vorrangiges Ziel von Bildungspolitik darf nach unserer Auffassung nicht allein fachliche Qualifikation von Arbeitskräften unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit im

bildungsbereich große, zum Teil vorbildliche Leistungen erbracht. Die „Priorität Bildung“ hat Jahr für Jahr zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Bildungsausgaben geführt. Das ist besonders den Schulen zugute gekommen. Hier steht das Schulbauprogramm vor dem Abschluß. Dennoch fließt auch 1978 noch jede vierte Mark, die aus Haushaltsmitteln im Hochbau verbaut wird, in den Schulbau, vor allem in den Ausbau der Berufsschulen. In Zukunft können diese Ausgaben geringer werden; die Leistungen im Interesse der Unterrichtsversorgung — Ausgaben für Lehrer und Sachmittel — steigen aber auch weiterhin beträchtlich. Seit vielen Jahren ist die Zahl der in Hamburg unterrichtenden Lehrer ständig gewachsen;

berufsbildender Vollzeitschulen, das heute von mehr Schülern besucht wird als je zuvor. Für arbeitslose Jugendliche bieten die Berufsschulen eine große Zahl von Kursen zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung an. Fast überall haben wir die Klassenfrequenzen gesenkt. Das gilt vor allem für die Grundschule und für die Hauptschule. Das hat sich ganz besonders in der Hauptschule positiv ausgewirkt. Nur wenn man übersieht, daß heute nur noch ein Drittel eines Jahrgangs die Hauptschule besucht — vor zehn Jahren waren es noch zwei Drittel —, kann der scheinbar hohe Anteil der Hauptschüler ohne Abschluß (etwa 20 %) als Verschlechterung mißdeutet werden. Bezogen auf den jeweiligen Jahrgang

## Entwicklung des Schulsystems in Abstimmung mit den Eltern

– und nur so ergibt sich eine aussagekräftige Zahl – beträgt der Anteil der Schüler, die nicht den Hauptschulabschluß erreicht haben, nur noch etwa 5 %; vor zehn Jahren waren es noch 13 %.

Quantitative Schulraumprobleme gibt es in den allgemeinbildenden Schulen nur noch in Ausnahmefällen. In absehbarer Zeit werden auch die Raumprobleme im berufsbildenden Bereich gelöst sein. Die Versorgung unserer Schulen mit Fachräumen, auch mit Turnhallen, befriedigt noch nicht alle Wünsche, ist aber vergleichsweise gut.

Nicht zuletzt muß auf die erfolgreiche Arbeit unserer Gesamtschulversuche verwiesen werden; die ständig steigende Zahl von Anmeldungen beweist, daß wir uns mit diesen Schulen auf dem richtigen Weg befinden. Die Erfahrungen haben gezeigt: in der Gesamtschule erreichen mehr Schüler bessere Abschlüsse, weil sie stärker individuell gefördert werden.

Verbesserungen in erheblichem Umfang hat es auch im Hochschulbereich gegeben. Die Zahl der Hochschullehrer ist laufend erhöht, die räumliche Enge durch verstärkte Ausbaumaßnahmen verringert worden. Dennoch ist zuzugeben, daß im Hochschulbereich angesichts der stark ansteigenden Studentenzahlen Überlastprobleme aufgetreten sind und noch auftreten werden, die kurzfristig nicht voll zu lösen sind.

Alles in allem bleibt festzustellen, daß sich heute in Hamburg mehr Kinder und junge Menschen längere Zeit und mit größerem Erfolg in besseren Ausbildungseinrichtungen befinden als je zuvor. Es wäre verfehlt, diese Verbesserungen als bewältigte „Quantitätsprobleme“ abzuwerten. Die erheblich gesteigerte Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, die dadurch zu erklärenden hohen Studenten-, Abiturienten- und Realschülerquoten, die große Zahl derer, die ein zehntes Vollzeitschuljahr besuchen (etwa 90 % pro Jahrgang) – das alles sind Beweise für wirkliche Qualitätsverbesserungen, die sich auch mit noch so scharfer Polemik nicht wegdiskutieren lassen.

### Für stetige Verbesserungen im Schulwesen

Dennoch bleibt im Bereich der Bildungspolitik noch viel zu tun. Die Lernbedingungen sind nicht überall gut. Noch immer gibt es zu große Klassen – vor allem in der Beobachtungs- und Orientierungsstufe und in der Klassenstufe 7 der Realschule. Es gibt nach wie vor berechtigte Klagen über krankheitsbedingten Unterrichtsausfall. Die Durchlässigkeit bleibt im dreigliedrigen Schulsystem beschränkt.

Hinzu kommen Schulprobleme, die ihre Ursachen außerhalb des Schulsystems haben. Der Mangel an Studien-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen hat Rückwirkungen bis in die Grundschule. Da unter den gegenwärtigen Bedingungen Schulabschlüsse existentielle Bedeutung erlangen können, überfordern besorgte Eltern Kinder



50 Peter Schulz, 47, Rechtsanwalt, Schwerpunkt: Stadtentwicklung, Verfassungs- und Rechtspolitik, Hobbies: Lesen, Wandern.

und Schule gleichermaßen, lassen sich leistungsbewußte Schüler zu rücksichtslosem Konkurrenzverhalten verleiten, gleiten schwache Schüler in Resignation, Aggressivität oder Verzweiflung ab.

Wir Sozialdemokraten wollen das ändern. Wir haben ein klares und realistisches bildungspolitisches Programm für die kommenden vier Jahre. Vordringlich sind im Schulbereich weitere qualitative Verbesserungen. Dazu zählen insbesondere

- Erhöhung der Zahl der Vorschulklassen; aber auch die Förderung der Drei- bis Fünfjährigen in Kindertagesheimen, so daß bis 1982 für alle Fünfjährigen, deren Eltern das wünschen, ein qualitativ gutes Angebot gemacht wird;

- Senkung der Klassenfrequenzen bis 1982: in der Grundschule – beginnend in den ersten Klassen – und in der Hauptschule auf 25, in den Klassenstufen 5 und 6 in allen Schulen, in den Realschulen, auch in der Klassenstufe 7 auf durchschnittlich 30 Schüler ab 1980, in den Sonderschulen auf die von der Kultusministerkonferenz empfohlenen Werte;
- Minderung des noch bestehenden Unterrichtsausfalls durch Erhöhung der Vertretermittel für die sogenannte „Lehrerfeuerwehr“;
- Erweiterung des Kurspro-



51 Christine Maring, 44, Diplom-Volkswirt, Schwerpunkt: Wirtschaftspolitik, Hobbies: Skilaufen, Bergwandern. 2000 Hamburg 70, Ölmühlweg 56

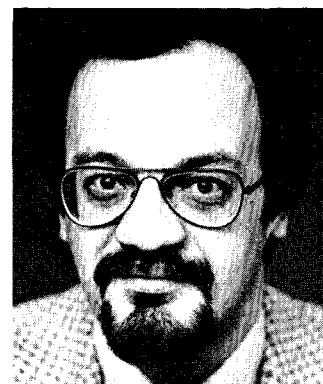
gramms zum Nachholen des Hauptschulabschlusses;

- Pädagogische Verbesserung der Hauptschule durch die Weiterentwicklung angemessener Arbeitsformen und Inhalte, z. B. Projektunterricht und stärkerer Praxisbezug;
- Einrichtung weiterer Werkklassen sowie weiterer Klassen des Berufsgrundbildungsjahres; das Berufsgrundbildungsjahr soll berufsfieldeckend eingeführt werden;
- schrittweise Einführung des zehnten Vollzeitschuljahres auf – zunächst – freiwilliger Basis mit praxisbezogenem Unterricht;
- Verbesserung des Kursangebots in der gymnasialen Oberstufe durch Erhöhung

der Lehrerstunden je „Klasse“;

- Ausbau des Programms zur besonderen schulischen Förderung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer;
- verstärkte wissenschaftliche Begleitung aller Schulversuche.

Alle diese Maßnahmen zielen auf eine weitere Qualitätsverbesserung im Rahmen des herkömmlichen dreigliedrigen Schulsystems, das nach unserer Auffassung den heutigen Anforderungen nicht mehr voll gerecht wird und deshalb lang-



52 Dr. Harro Frank, 36, Justiziar, Schwerpunkt: Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau-, Mietpreisentwicklungspolitik, Hobbies: Reisen, Filmen, Schwimmen.

fristig überwunden werden muß. Wenn wir uns dennoch in der kommenden Legislaturperiode vorrangig auf Qualitätsverbesserungen innerhalb des bestehenden Schulsystems konzentrieren, so geschieht das in der Überzeugung, daß bei optimaler Ausgestaltung des überkommenen Schulsystems immer mehr Eltern, Lehrer und Schüler die Notwendigkeit einer strukturellen Weiterentwicklung erkennen und sie im Interesse ihrer Kinder fordern werden.

Wir Sozialdemokraten setzen darauf, daß sie sich zunehmend für unsere bildungspolitische Zielvorstellung, die integrierte Gesamtschule, entscheiden. Wir wollen niemanden überumpeln oder gar zwingen; denn wir wissen, daß erfolgrei-

## Das Recht auf Bildung durchsetzen

Die pädagogische Arbeit die Zustimmung und Mitarbeit vor allem auch der Eltern voraussetzt. Wir haben deshalb das Elternrecht ausgeweitet: Nach der Klasse 4 können die Eltern bei entscheiden, in welche Beobachtungsstufe ihr Kind einsteigen und ob es die integrierte Orientierungsstufe oder die Gesamtschule besuchen soll. Die Gesamtschule wird damit Angebotsschule, nicht Regelschule. Wir werden dafür sorgen, daß entsprechend den Wünschen der Eltern integrierte Orientierungsstufen und Gesamtschulen in ausreichendem Umfang eingerichtet werden.

auf die „typischen Frauenberufe“;

- daß mehr Mädchen als bisher überhaupt eine berufliche Qualifikation erwerben.

Unser Programm der beruflichen Bildung sieht insbesondere vor:

- die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, der Hamburger Wirtschaft und den Kammern zur Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen, damit für alle Hamburger Schulabgänger ein Ausbildungsplatz, der den Qualitätsanforderungen der Aus-

- Einrichtung neuer Berufsfachschulen Metall, E-Technik, Gesundheit;
- Verbesserung der Vorbereitung auf das Arbeitsleben durch Arbeitslehre und Berufswahlunterricht in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt;
- die Fortsetzung des Berufsschulbaus, insbesondere mit der Errichtung von zwei Berufsschulzentren in Wilhelmsburg und Bergedorf mit je drei Berufsschulen sowie von zwei weiteren Berufsschulneubauten; außerdem, soweit erforderlich und vertretbar, bauliche Umge-

ein, daß die vom Gesetzgeber vorgesehene Fondfinanzierung umgesetzt wird. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für ein angemessenes Ausbildungsplatzangebot. Ebenso notwendig ist der Erlaß einer Verordnung über die Meldepflicht von freien Ausbildungsplätzen. Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für die Durchsetzung der Berufsausbildungspflicht für Mädchen und Jungen einsetzen.

### Für mehr Studienplätze

Sorgen bereitet uns jedoch der Verdrängungswettbewerb auf dem „Ausbildungs- und Arbeits-



53 **Wolfgang Kiéck**, 31, Kaufmännischer Angestellter, Schwerpunkt: Finanzpolitik, Hobbies: Sein Sohn, Sport. 2000 Hamburg 60, Erich-Ziegel-Ring 48, Tel.: 630 38 02



54 **Hans Scheffe**, 40, Schulhausmeister, Schwerpunkt: Sozialbereich, Hafen- und Wirtschaftspolitik, Hobbies: Musik, Lesen, Gartenarbeit. 2000 Hamburg 74, Öjendorfer Höhe 12, Tel.: 73 11 32 85



55 **Manfred Drotschmann**, 44, Landwirt, Schwerpunkt: Wirtschafts- und Agrarpolitik, Verbraucherfragen, Hobbies: Sportl. Schießen, Jagd, Motorradfahren. 2050 Hamburg 80, Billwerder Billdeich 356, Tel.: 738 87 19



56 **Irene Schöne**, 35, Hausfrau, Schwerpunkt: Jugendpolitik, Stadtplanung, Hobbies: Arbeit an der SPD-Basis.

### Vorrang für berufliche Bildung

Priorität im Rahmen unserer Bildungspolitik hat die berufliche Bildung, die schon in der vergangenen Legislaturperiode mit Vorrang gefördert worden ist. Das wird auch in den nächsten Jahren so sein. Wir Sozialdemokraten werden alles unternehmen, um das allgemeine Recht auf Bildung auch in diesem Bereich der beruflichen Ausbildung voll durchzusetzen.

Wir wollen,

- daß möglichst viele junge Menschen eine möglichst gute berufliche Ausbildung erhalten;
- daß insbesondere die berufliche Bildung der Mädchen nicht länger eingengt bleibt

bildungsordnungen entspricht, zur Verfügung steht;

- die ständige Aktualisierung der Ausbildungsinhalte und eine Verbesserung der Abstimmung und Zusammenarbeit der Lernorte Schule und Betrieb;
- gezielte Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Behinderten und Lernbeeinträchtigten;
- die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im staatlichen Bereich und in den vom Senat beeinflussbaren Unternehmen;
- eine Ausweitung des Angebots an Plätzen in beruflichen Vollzeitschulen;
- einen weiteren Abbau der noch bestehenden Zulassungsbeschränkungen im beruflichen Schulwesen;

staltung und Nutzung von Schulen des allgemeinbildenden Schulwesens für das berufliche Schulwesen. Bei allen Baumaßnahmen werden wir darauf achten, daß sie eine mögliche Integration von allgemeinbildendem und beruflichem Schulwesen nicht ausschließen;

- Errichtung überbetrieblicher Ausbildungszentren zur Ergänzung der betrieblichen und berufsschulischen Ausbildung.
- Mit diesem Programm wollen wir die schulische Ausbildung der Auszubildenden verbessern und zugleich einer auch in Hamburg drohenden Chanceminderung durch Jugendausbildungslosigkeit wirksam begegnen.

Darüber hinaus treten wir dafür

markt“: Akademiker verdrängen Abiturienten ohne Studium, Abiturienten die Realschüler, Realschüler die Hauptschüler; auf der Strecke bleiben bei diesem Wettbewerb die Schwächsten, nämlich die Hauptschüler ohne Hauptschulabschluß und die Sonderschüler.

Zur Milderung dieses Verdrängungswettbewerbs ist es nötig, alle Ausbildungskapazitäten voll zu nutzen. Und das heißt auch, daß die Hochschulen geöffnet und Zulassungsbeschränkungen soweit wie möglich abgebaut werden.

Wir Sozialdemokraten unterstützen daher die Politik der Bundesregierung und des Hamburger Senats zur Ausweitung der Studienkapazitäten und appellieren an alle Bundeslän-

## Mehr Chancen zur Weiterbildung für alle Bürger

der, sich an dem sogenannten Überlastprogramm zu beteiligen. Hamburg hat schon immer im Verhältnis zur Einwohnerzahl weit mehr Studenten ausgebildet als andere Bundesländer, kann diese Belastung aber nur durchhalten, wenn künftig alle Bundesländer sich beteiligen. Die Verwirklichung des Hamburger Überlastprogramms, das eine zeitlich befristete Ausweitung der Studienkapazität um 9000 (von gegenwärtig 36 000 auf 45 000) vorsieht – eingerechnet sind 3000 Studienplätze an neuen naturwissenschaftlich-technischen Hochschuleinrichtungen in Harburg – ist daher in seiner Verwirklichung weitgehend abhängig

- von der finanziellen Beteiligung des Bundes auch an den laufenden Kosten, zumindest für eine Übergangsphase;
- von der tatsächlichen Mitwirkung aller Hochschulen in allen Bundesländern.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß eine Öffnung der Hochschulen den Verdrängungswettbewerb im Ausbildungsbereich mildert, dagegen den Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt eher noch verschärft. Wir erklären deshalb deutlich und offen, daß ein akademisches Studium die Chancen, einen guten Arbeitsplatz zu finden, immer verbessert, aber niemandem einen Anspruch auf eine höhere Position mit einem höheren Einkommen vermittelt. Akademiker müssen sich, wie z. B. Facharbeiter oder kaufmännische Angestellte, der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt stellen. Ihr Privileg endet mit der Ausbildung und darf – auch im öffentlichen Dienst – nicht auf Dauer festgeschrieben werden.

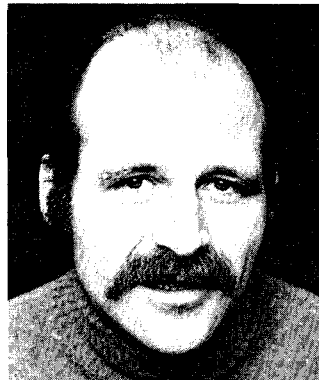
Wir sehen sehr wohl, daß

- Überlastprogramme, die die Studienbedingungen erschweren,
- Änderungen der Hamburger Hochschulgesetze (als Folge bundesrechtlicher Gesetzgebung),
- organisatorische Veränderungen (durch die Gesamthochschulplanung) und
- die im Vergleich zu früheren Zeiten geminderten Berufsaussichten für Akademiker zu einer verständlichen Unruhe im Hochschulbereich geführt haben und akzeptieren ausdrücklich das Recht von Studenten und anderen Mitgliedern unserer Hochschulen, ihre Meinung zu diesen Problemen frei zu sagen und zu demonstrieren.

Wir werden es aber nicht hinnehmen, daß die akademische

Freiheit an den Hochschulen von Minderheiten in rechtswidriger Weise mißbraucht und in ihr Gegenteil verkehrt wird. Wir treten dafür ein, daß das Hochschulrahmengesetz nach folgenden Grundsätzen novelliert wird;

- Die bewährten fortschrittlichen Regelungen unserer Hamburger Hochschulgesetze müssen fortbestehen können.
- Der Weg zur Verwirklichung unserer weitergehenden Zielvorstellungen zur Gestaltung des Hochschulwesens muß offengehalten werden. Dies gilt insbesondere für



57 **Werner Loewe**, 36, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Schwerpunkt: Bildungs- und Jugendpolitik, Hobbies: Seefahrt, Segeln. 2000 Hamburg 13, Jungfrauen-thal 16, Tel.: 48 95 96

unsere Mitbestimmungsfor-derungen.

- Die verfaßte Studentenschaft werden wir erhalten; ihr Recht, zum Zusammenhang von Hochschul- und Gesellschaftspolitik Stellung zu nehmen, werden wir sichern. Bis dahin aber gelten sowohl das Hochschulrahmengesetz wie auch die hamburgischen Hochschulgesetze uneingeschränkt. Wir erwarten, daß die Mitglieder der Hochschulen sich an diese Gesetze halten und sich bei ihren politischen Meinungsäußerungen in den durch diese Gesetze gegebenen Grenzen bewegen. Die Hochschulen sind staatliche Einrichtungen zum Nutzen der Gesellschaft, für die die Steuerzahler viel Geld aufbringen müssen. Wir Sozialdemokraten wer-

den nicht zulassen, daß diese Einrichtungen von einigen wenigen Extremisten lahmgelegt werden.

### Für mehr Weiterbildung

Im Prozeß des lebenslangen Lernens kommt der Weiterbildung große Bedeutung zu. Die Weiterbildung erreicht heute überwiegend nur lerngewohnte und motivierte Gruppen. Arbeitnehmer ohne schulische und berufliche Abschlüsse, Schichtarbeiter, berufstätige Frauen und ausländische Arbeitnehmer gehören zu den in der Weiterbildung unterrepräsentierten Gruppen.



58 **Manfred Silberbach**, 42, Maschinenschlosser, Schwerpunkt: Schul- und Sportpolitik, Hobbies: Judo, Vereinsarbeit im Sportverein. 2102 Hamburg 93, Georg-Wilhelm-Str. 58 a, Tel.: 75 61 27

Wir Sozialdemokraten wollen bessere Bildungschancen für alle schaffen. Dazu gehört auch – mehr als bisher – die Chance zur Weiterbildung für alle Bürger. Und weil für die Arbeitnehmer die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze entscheidend von der beruflichen Qualifikation abhängt, ist berufliche Bildung heute wichtiger denn je. Wir werden daher verstärkt über die Möglichkeiten zur Weiterbildung aufklären und vor allem unter den bisher in der Weiterbildung unterrepräsentierten Gruppen für deren Wahrnehmung werben.

Wir werden deshalb die Volkshochschule weiter ausbauen mit dem Ziel, ein Bildungszentrum für Erwachsene zu errichten, das mit einem differenzierten Angebot den beruflichen,

politischen, kulturellen und freizeit-orientierten Weiterbildungsbedürfnissen der Bürger unserer Stadt entspricht. Damit soll – neben den unverzichtbaren Aktivitäten der Freien Träger der Weiterbildung – auch die Basis zur sinnvollen effektiven Nutzung des von Sozialdemokraten geschaffenen Bildungsurlaubsgesetzes verbreitert werden.

### Für Ausweitung der Jugendeinrichtungen

Wir Sozialdemokraten wollen allen Kindern und Jugendlichen ermöglichen, das Recht auf die



59 **Adolf Feldtmann**, 49, Angestellter, Schwerpunkt: Wirtschaftspolitik, Stadtentwicklungspolitik, Hobbies: Wandern, Literatur. 2000 Hamburg 76, Damerowsweg 10

freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit wahrzunehmen.

Sozialdemokratische Jugendpolitik will allen jungen Menschen die Befriedigung ihrer elementaren Grundbedürfnisse und die Bewältigung ihrer jeweiligen Lebenssituation ermöglichen. Das erfordert über bildungspolitische Maßnahmen hinaus die fortlaufende Durchführung von jugendpolitischen Rahmen und Spezialprogrammen mit dem Ziel, Beratung und Hilfe für Kinder, Jugendliche und Eltern insbesondere dort anzubieten, wo private familiäre Möglichkeiten nicht ausreichen, ganz fehlen oder versagen. Dazu gehört u. a.:

- bessere Möglichkeiten zur Ausnutzung von Vorsorgeuntersuchungen für Mutter und Kind;

## Mit den Gewerkschaften das soziale Netz ausbauen

- die Bereitstellung eines ausreichenden und für Eltern finanziell tragbaren Angebots von Kindergarten- und Kindertagesheimplätzen;
- die Einrichtung von weiteren betreuten Spielplätzen (auch Abenteuer-Spielplätzen);
- die Schaffung von zusätzlichen Jugendtreffpunkten und Freizeittätten;
- Resozialisierungshilfen für randständige, z. B. straffällig gewordene, Jugendliche;
- besondere Hilfen für physisch und psychisch behin-

siv – weil nur mit gut ausgebildeten Mitarbeitern in ausreichender Zahl durchführbar – und folglich teuer. Wir meinen jedoch, daß Ausgaben, die nötig sind, um Kinder und Jugendliche – besonders jene, die durch Geburt oder Schicksal benachteiligt sind – auf ein erfülltes Leben in Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung vorzubereiten, auch in Zeiten finanzieller Bedrängnis geleistet werden müssen. Wir werden uns daher für die Verwirklichung und Finanzierung solcher Programme mit Nachdruck einsetzen und die notwendigen

Stellen schaffen, insbesondere im Bereich der Heimerziehung.

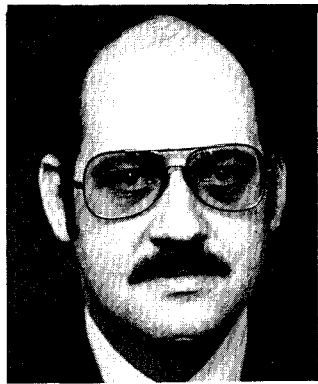
Dabei verkennen wir nicht, daß Jugendarbeit eine sehr wichtige, aber keine ausschließlich staatliche Aufgabe ist. Hier sind auch die Freien Träger angesprochen, die auf dem Gebiet der Kinder-, Jugend- und Elternarbeit Hervorragendes geleistet haben. Wir Sozialdemokraten unterstützen und anerkennen die Arbeit der Freien Träger. Wir erwarten, daß sie auch in Zukunft die nötige finanzielle und ideelle Förderung durch Staat und Öffentlichkeit erhalten.

ist nicht unsere Vorstellung von einer demokratischen Gesellschaft.

Wir Sozialdemokraten wollen dagegen das grundgesetzliche Gebot zur Sozialstaatlichkeit durch Fortentwicklung unserer sozialen Gesellschaft erfüllen. Damit wenden wir uns zugleich mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, das enge „soziale Netz“, das wir – gemeinsam mit den Gewerkschaften – geknüpft haben, aufzulösen. Wir erklären mit Nachdruck: Wer bei jeder Gelegenheit von „sozialer Überforderung“ spricht und mehr oder weniger offen einer sozialen Demontage das



60 **Roland Issen**, 40, Gewerkschaftssekretär, Schwerpunkt: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Hobbies: Theater, Tennis. 2000 Hamburg 71, Teerosenweg 44 a, Tel.: 641 05 43



61 **Holger Kues**, 36, Dozent, Schwerpunkt: Arbeitspolitik, Öffentlicher Dienst, Justiz, Hobbies: Lesen, Skilaufen. 2000 Hamburg 72, Kupferdamm 76, Tel.: 66 45 35



62 **Uwe Riez**, 26, Student, Schwerpunkt: Wohnungspolitik, Stadtentwicklungspolitik, Hobbies: Musizieren, Lesen, Schwimmen. 2000 Hamburg 60, Erich-Ziegel-Ring 32, Tel.: 631 82 48



63 **Hermann Heberlein**, 55, Beamter, Schwerpunkt: Bildungs- und Schulpolitik, Hobbies: Musik, Theater, Schwimmen. 2000 Hamburg 74, Laufkötterweg 11 a, Tel. 651 03 33

derte Kinder und Jugendliche;

- die Verbesserung der Heimerziehung – eine Schwerpunktaufgabe der nächsten Legislaturperiode;
- Bereitstellung von Jugendwohnungen als Übergangseinrichtung für Jugendliche und Heranwachsende;
- Mitwirkung der Betroffenen in allen Jugendeinrichtungen;
- die Ausweitung der Erziehungs- und Elternberatung;
- die Unterhaltsvorschußkasse;
- verstärkte Hilfen für alleinstehende Mütter und Väter;

Sonderprogramme dieser Art sind in der Regel personalinten-

## Für soziale Sicherung, gegen die Ellenbogengesellschaft

Sozialpolitik hat für Sozialdemokraten einen besonderen Rang. Das folgt aus unserem Freiheits- und Demokratie-Verständnis. Wir wissen:

- Soziale Sicherheit garantiert persönliche Freiheit, weil sie im Alter, bei Krankheit, im Falle der Arbeitslosigkeit oder bei Invalidität vor Not bewahrt.
- Nur wenige Menschen sind reich genug, um sich mit privatem Vermögen gegen die Risiken des Lebens abzusichern. Soziale Sicherheit ist soziales Vermögen für alle, und dieses Vermögen kann nur ein sozial-verpflichteter Staat schaffen.

- Soziale Sicherheit bringt sozialen Frieden und trägt damit bei zu politischer Stabilität.

- Soziale Sicherheit stärkt die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft im Wettbewerb mit anderen.

Die Alternative zur sozialen Gesellschaft ist die „Ellenbogen-Gesellschaft“ der Konservativen und Alt-Liberalen, in der jeder seine Interessen gegen jeden durchzusetzen versucht und in der dann der Starke den Schwachen, der Reiche den Armen, der durch Herkunft oder Bildung Privilegierte den Benachteiligten unterdrückt. Dies

Wort redet, setzt den sozialen Frieden aufs Spiel. Wir Sozialdemokraten werden das nicht zulassen, sondern unbeirrt an unserem Kurs der sozialen Sicherheit festhalten.

In Hamburg, wo Sozial- und Arbeitspolitik auch institutionell eng verflochten sind, stehen wir dabei zunächst vor folgenden Aufgaben:

- Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollen nicht nur vor Not bewahrt, sondern möglichst schnell wieder in ein Arbeitsverhältnis hineinvermittelt werden. Das ist nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine sozialpolitische Aufgabe ersten Ranges, die von der Arbeitsverwaltung mit den ihr gegebene-



## Auf den Rat der älteren Generation können wir nicht verzichten

nen Möglichkeiten wahrzunehmen ist. Gegenwärtig sind jedoch die Arbeitsämter personell zu schwach besetzt und folglich – trotz großer Mühe – kaum in der Lage, die jeweils aktuellen Probleme des Arbeitsmarktes zu analysieren und daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Für die weitere Verbesserung und Intensivierung der von den Arbeitsämtern zu verantwortenden Arbeitsbeschaffungs-, Umschulungs- und Fortbildungsprogramme ist deshalb eine personelle Verstärkung unbedingt erforderlich.

- Wir Sozialdemokraten werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, daß die seit 1938 geltende Arbeitszeitordnung geändert wird. Dabei sind insbesondere folgende Regelungen anzustreben:

- Begrenzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche;
- Verlängerung der arbeitsfreien Zeit bei Schichtwechsel;
- Einschränkung von Überstunden und Sonderdiensten sowie die Verschärfung aller Ausnahmeregelungen.

- Arbeitnehmer im Betrieb müssen durch vorsorgende Maßnahmen vor gesundheitlichen Schäden bewahrt werden. Dafür sorgen – soweit es in ihren Kräften steht – die arbeitstechnischen und ärztlichen Dienste in den Betrieben zusammen mit den staatlichen Gewerbeärzten, den Berufsgenossenschaften und den Werkärzten. Auch hier gibt es personelle Engpässe, die wir schnell beseitigen werden.
- Bei unseren Anstrengungen zur Humanisierung der Arbeitswelt werden wir uns besonders um die vielen berufstätigen Frauen kümmern, die oft doppelt – beruflich und familiär – belastet sind und deshalb verstärkt geschützt werden müssen. Die Einhaltung der für sie bestehenden Schutzbestimmungen, z. B. Mutterschutzgesetz, werden wir sorgfältig überwachen.
- Wir werden dafür sorgen, daß die fortschrittlichen Arbeitsschutzgesetze in allen Betrieben und Verwaltungen, einschließlich denen des öffentlichen Dienstes voll zur Geltung kommen. Den Arbeitsschutz werden wir so ausbauen, daß in Zusammen-

arbeit mit den Gewerbeärzten, den Berufsgenossenschaften und den in den Betrieben für den Arbeitsschutz Verantwortlichen die Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle vermindert und die Arbeitsplätze menschengerecht gestaltet werden. Das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin wird organisatorisch so ausgebaut, daß gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse für die menschengerechte Gestaltung der Arbeit den Betriebs- und Personalräten sowie den Arbeitgebern zur Verfügung gestellt werden.

schaftlich und in der Gemeinschaft begegnen. Jeder Bürger kann und muß dazu beitragen. Es liegt an uns, Menschlichkeit durch menschliches Verhalten zu verwirklichen.

### Für ein Miteinander von Jung und Alt

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Sozialpolitik wird in den kommenden Jahren bei der Arbeit für ältere Mitbürger liegen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird zunächst noch ansteigen. Das bringt eine natürliche Zunahme staatlicher

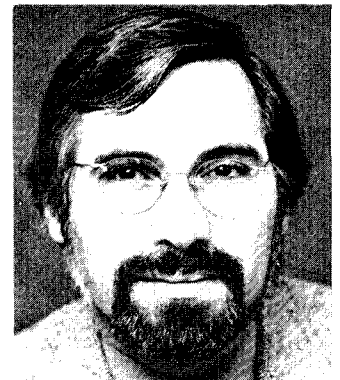
gebung, und das heißt auch, in der Nachbarschaft mit jüngeren Menschen leben sollten. Denn nur so können jüngere Menschen wieder lernen, daß Altwerden ein natürlicher Entwicklungsvorgang ist, also nicht Ausnahmesituation und Belastung, um die allein der Staat sich zu kümmern habe. Die Erkenntnis ist einfach: auch jüngere Menschen werden älter; ihre Eltern sind es schon heute. Es würde zu einer nicht wieder gutzumachenden familiären Verarmung führen, wenn wir das vergessen und die Sorge um die alten Menschen allein dem Staat und den kirchlichen und



**64 Michael Sachs, 30, Wissenschaftlicher Angestellter, Schwerpunkt: Stadtentwicklungspolitik, Jugendpolitik, Hobbies: Lesen, Elbspaziergänge. 2000 Hamburg 50, Barnerstr. 43**



**65 Johannes Neumann, 59, Lehrer, Schwerpunkt: Kommunalpolitik, Sozial- und Bildungspolitik, Hobbies: Heimatkunde und Historie, Garten- und Blumenpflege. 2000 Hamburg 54, Ernst-Horn-Str. 16 d, Tel.: 540 79 56**



**66 Hans Peters, 44, Programmierer, Schwerpunkt: Innen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik, Hobbies: Musik, Literatur, Geschichte, Schach. 2000 Hamburg 73, Saseler Str. 112, Tel.: 678 42 91**

- Besondere Probleme bringt die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt für körperlich und geistig behinderte Menschen. Das beginnt bei der Berufsausbildung und endet bei der oft vergeblichen Suche nach einem der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz. Hier muß der Staat durch geeignete Maßnahmen, z. B. durch den Ausbau der bewährten Beschäftigungswerkstätten und des Berufsbildungswerks für behinderte Jugendliche, helfen und bei der Beschäftigung von Behinderten mit gutem Beispiel vorangehen. Darüber hinaus müssen wir alle – also nicht nur der Staat – dazu beitragen, daß behinderte und nichtbehinderte Mitbürger sich partner-

verantwortung im Rahmen des bisherigen Systems der Altenbetreuung und -pflege. Dieser Zunahme an Verantwortung werden wir durch den Bau neuer und die Modernisierung vorhandener Einrichtungen für ältere Menschen Rechnung tragen. Wichtiger als diese Aufgabe ist jedoch, daß wir die Kluft zwischen jung und alt überwinden. Diese Kluft besteht; und sie besteht zum Teil unnötigerweise, weil ältere Menschen ihre gewohnte Umgebung oft zu früh verlassen (müssen), um in eine Altenwohn- oder -pflegeanlage zu ziehen, wo sie „unter sich“ sind. Wir Sozialdemokraten halten das für falsch. Wir meinen, daß ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Um-

karitativen Organisationen überlassen würden. Wir Sozialdemokraten werden daher die bestehenden Hilfen für die Hausbetreuung älterer Mitbürger verstärken. Wir danken den Kirchen und den karitativen Organisationen vom Deutschen Roten Kreuz bis zur Arbeiterwohlfahrt für ihre aufopferungsvolle Arbeit. Sie bewirkt, daß ältere Menschen nicht in die Isolation geraten, sondern im Kontakt und auch in der Gemeinschaft mit jüngeren Menschen bleiben. Der Staat muß dazu das seine beitragen. Altagestätten sollten z. B. so eingerichtet sein, daß sie von älteren und jüngeren Menschen zugleich benutzt werden können. Auf die Lebenserfahrung und den Rat der älteren Generation



kann unsere Gesellschaft nicht verzichten. Wir sollten daher ihren Rat dankbar annehmen und unsere älteren Mitbürger bitten, weiter aktiv in der Gemeinschaft zu wirken. Soziale Hilfen für alte, schwache, behinderte und benachteiligte Menschen werden eine immer größere Bedeutung gewinnen. Wir wollen diese Hilfen so effektiv wie möglich gestalten. Dafür ist es erforderlich, die sozialen Dienste für die Bürger überschaubarer zu organisieren. Dabei wird auch die Überlegung des Aufbaus von Sozialstationen eine Rolle spielen, obwohl diese Organisationsform

schen helfen will, kann das nur, wenn er seine Arbeit nicht nur als „Job“, sondern auch als Dienst am hilfsbedürftigen Menschen sieht und bejaht. Der Staat kann aber durch öffentliche Anerkennung und eigenes

Handeln deutlich machen, daß Mitmenschlichkeit keine Leerformel ist, sondern konkrete Verpflichtung für jeden einzelnen. Für die Sozialarbeit – aber nicht nur für sie – ist das entscheidend.

## Verbesserung der medizinischen Versorgung für den Bürger

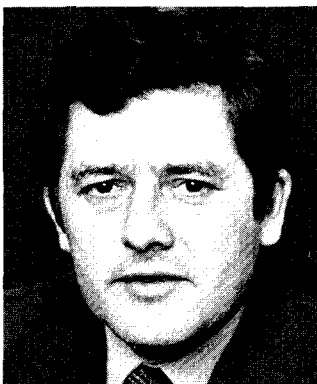
### Für eine wirksame Vorsorge

Wir Sozialdemokraten wollen Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen, die bereits die Gefahr einer Erkrankung oder

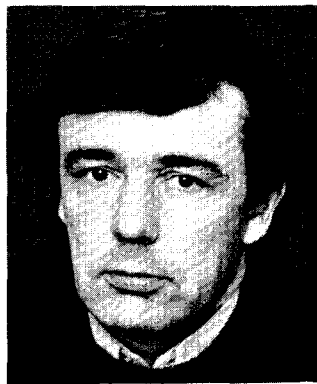
ist vorsorgender Gesundheitsschutz. Das vorhandene medizinische Angebot gesundheitsschützender Maßnahmen ist in Hamburg breit angelegt. Wir wollen es

zielte Öffentlichkeitsarbeit weiter verbessern;

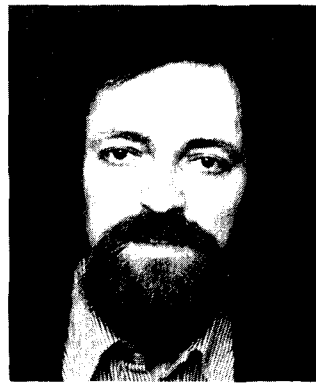
- die in einigen Allgemeinen Krankenhäusern allen Patientinnen kostenlos angebotene Untersuchung zur Früherkennung von Brustkrebs in das Leistungsangebot der Allgemeinen Krankenhäuser aufnehmen;
- gegenüber dem Bundesgesetzgeber uns dafür einsetzen, daß der Katalog der Vorsorgeuntersuchungen sinnvoll erweitert wird;
- unsere Politik der Gesundheitssicherung ergänzen



67 **Werner Weinrich**, 39, Gewerkschaftsangestellter, Schwerpunkt: Baupolitik, Hobbies: Segeln.



68 **Dieter Iseler**, 40, Architekt, Schwerpunkt: Stadtplanung und Stadtentwicklung, Hobbies: Altes Haus restaurieren. 2000 Hamburg 20, Woldsenweg 7, Tel.: 46 31 71



69 **Günther Frank**, 31, Diplom-Handelslehrer, Schwerpunkt: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Hobbies: Musizieren. 2000 Hamburg 73, Geesthachter Weg 14, Tel.: 672 88 78



70 **Erich Rumpel**, 47, Gewerkschaftssekretär, Schwerpunkt: Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz, Hobbies: Wandern, Radfahren, Musikhören.

in einer Großstadt nicht die Bedeutung hat wie in Flächenländern. Nötig erscheint aber eine noch bessere Kooperation von staatlichen Diensten und privaten Trägern, z. B. bei der Betreuung von Spätaussiedlern und Ausländern.

Um Frauen, die sich in extremen Notsituationen befinden, vorübergehend unterbringen und helfen zu können, wollen wir Frauenhäuser einrichten und fördern.

Sozialpolitik will und kann mehr leisten als mildtätige Hilfe im Notfall. Unser Sozialstaat garantiert Rechte, nicht Barmherzigkeit. Bei den Mitarbeitern in der Sozialarbeit muß allerdings eine besondere innere Einstellung vorhanden sein. Wer kranken, behinderten, alten Men-

eines Unfalls möglichst gering halten; denn für uns umfaßt Gesundheitspolitik nicht nur alle Maßnahmen zur Heilung und Linderung von Krankheiten. Sozialdemokratische Gesundheitspolitik setzt bereits bei all den vorsorgenden Maßnahmen an, die der Erhaltung und Sicherung der Gesundheit dienen.

Im weiteren Sinne gehören dazu auch Maßnahmen des Umweltschutzes, durch die unser natürlicher Lebensraum vor schädlichen Eingriffen geschützt werden soll. Maßnahmen dieser Art, z. B. zur Reinhaltung der Luft und der Gewässer sowie zur Minderung von Lärmbelästigung, werden wir daher – in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern – fortsetzen und verstärken. Auch das

jedoch in den kommenden Jahren noch weiter ergänzen durch

- ein Geburtzentrum für Risikoschwangerschaften;
  - ein Institut für Impfwesen und Virologie,
  - ein Landeszentrum für Behinderte und medizinische Rehabilitation, in dem die Ärzte für Körper-, Hör-, Sprach- und Sehbehinderte unter einem Dach zusammenarbeiten,
  - das Institut für Arbeitsmedizin, das wir ausbauen und zu einem Zentrum für Berufskrankheiten- und Umweltmedizin entwickeln werden.
- Darüber hinaus werden wir
- die Inanspruchnahme des Angebots an Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennungsmaßnahmen durch ge-

durch gezielte Maßnahmen zur Gesundheitserziehung und Aufklärung der Bürger über alles, was gesund erhält, was der Gesundheit schadet und schließlich krank macht;

- den nachgehenden Krankenhilfsdienst, z. B. für Krebskranke, ausbauen und weitere Einrichtungen der Rehabilitation und Nachsorge schaffen.

### Für wirksame und gleiche Versorgung bei Krankheiten

Die Hilfe im Krankheitsfall bleibt neben Gesundheitssicherung und Gesundheitsschutz die zweite wichtige Aufgabe unserer Gesundheitspolitik. Wir Sozialdemokraten wollen, daß der

## Das medizinische Angebot verbessern

Fortschritt der Medizin allen Bürgern gleichermaßen zugute kommt. Jeder Bürger hat im Krankheitsfall Anspruch auf eine zeitlich nicht begrenzte ambulante oder stationäre medizinische Behandlung bis zur bestmöglichen Wiederherstellung der Gesundheit. Nicht die wirtschaftliche oder soziale Stellung des Kranken, sondern allein die Art und Schwere der Krankheit sind für die Behandlung maßgebend.

Aber wir Sozialdemokraten wissen auch: Diese Anforderungen an unser Gesundheitssystem werden nur dann durchsetzbar sein, wenn die dafür aufzubringenden Kosten im Rahmen der Solidarversicherung für alle bezahlbar bleiben. Deshalb muß im Gesundheitswesen sorgfältige Planung an die Stelle des bisher häufig unkoordinierten Nebeneinander treten.

Der neue Krankenhausbedarfsplan beschreibt die Richtung der medizinischen Versorgung in diesem Bereich bis 1985. Es geht darum

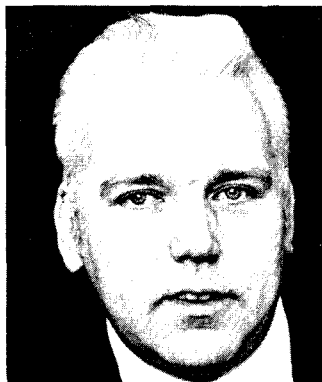
- das Angebot an Krankenhausbetten der voraussichtlichen Bedarfsentwicklung anzupassen;
- die stationäre medizinische Versorgung in Hamburg möglichst orts- und arbeitsplatznah zu erbringen;
- durch vielfältige Verbundformen die Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander zu verbessern;
- den Einstieg in neue Formen des Krankenhausleistungsangebots zu finden und vor allem
- die Krankenhausversorgung in Hamburg qualitativ zu verbessern.

Diesem Ziel dienen auch die umfangreichen Baumaßnahmen, die wir in den nächsten vier Jahren anpacken wollen. Wir werden u. a.

- auf dem Gelände des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek ein Kinderklinisches Zentrum mit 250 Betten neu errichten;
- mit dem Bau der Intensiv- und Aufnahmestation des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek noch 1978 beginnen;
- eine neue medizinische Aufnahme- und Intensivpflegestation im Allgemeinen Krankenhaus Harburg bauen;
- das Allgemeine Krankenhaus Eilbek zu einem Krankenhaus mit rehabilitativer Schwerpunktbildung neu bzw. umbauen;
- die bauliche Erneuerung des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg fortsetzen;
- durch viele weitere Um- und Neubaumaßnahmen unsere

Krankenhäuser modernisieren, insbesondere die Situation in den Aufnahmebereichen verbessern.

Um die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter in den Krankenhäusern und damit auch die Patientenversorgung zu verbessern, wird das Personal in bestimmten Funktionsbereichen gezielt verstärkt. Die Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitssystems wollen wir durch eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer ärztlicher Versorgung stärken. Dazu gehört die Verbesserung des Leistungsangebots kleinerer Krankenhäuser durch



71 Ingo Kleist, 47, Wasser-schutzbeamter, Schwerpunkt: Sicherheits- und Bildungspolitik, Hobbies: Camping, Musik, Schwimmen. 2000 Hamburg 11, Venusberg 10 c, Tel.: 36 64 03

Im Sinne einer gemeindenahen klinischen Psychiatrie werden wir unter Einschränkung der Behandlungskapazitäten des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll gleichzeitig Behandlungskapazitäten in anderen Hamburger Krankenhäusern aufbauen. Vorrangig sind die Einrichtung einer psychiatrischen Abteilung am Allgemeinen Krankenhaus Eilbek und der Bau einer Psychiatrischen Abteilung im Allgemeinen Krankenhaus Altona.

Zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung halten wir außerdem für notwendig:

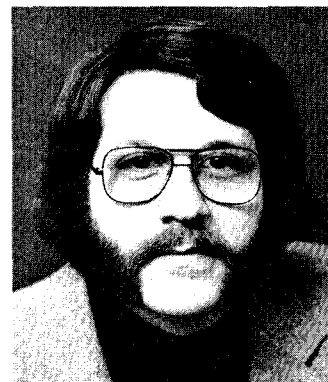


72 Harald Kempf, 47, Betriebs-wirt, Schwerpunkt: Bau- und Verkehrspolitik, Hobbies: Kommunalpolitik, Lesen, Familie, Schwimmen. 2000 Hamburg 53, Kroonhorst 120, Tel.: 83 46 03

lung von Kindern und Jugendlichen.

Wir Sozialdemokraten werden uns im Interesse der Frauen dafür einsetzen, daß durch Maßnahmen zur Verbesserung und Erleichterung bei der Durchführung des neu geregelten § 218 die mit der Reform geschaffenen Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch in vollem Umfange von den betroffenen Frauen genutzt werden können.

Die medizinische und psychologische Beratung und Betreuung werden wir verbessern. Deshalb wollen wir die Beratungsstellen zur aufklärenden



73 Norbert Springborn, 32, Offsetdrucker, Schwerpunkt: Bildungspolitik, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. 2000 Hamburg 19, Lutteroth-str. 23, Tel. 4 91 02 14

Konsiliar- und Belegärzte genauso wie die Beteiligung der Krankenhäuser mit ihren hervorragenden apparativen und fachlichen Kapazitäten an der ambulanten Versorgung.

Wir Sozialdemokraten treten für die Gleichstellung des psychisch Kranken mit dem körperlich Kranken ein. Das neue Hamburger Psychiatriegesetz trägt diesem Anliegen Rechnung. In den psychiatrischen Krankenanstalten sind qualitative Verbesserungen notwendig. Wir werden deshalb kontinuierlich am Stufenplan für die Modernisierung des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll weiter arbeiten. Darüber hinaus streben wir an, die Behandlung psychischer Krankheiten zu dezentralisieren.

- Öffnung der Psychiatrischen Krankenhäuser und Fachabteilungen für die ambulante ärztliche Beratung und Behandlung entsprechend den Möglichkeiten der novellierten Reichsversicherungsordnung.

- Einsatz von klinisch-therapeutisch ausgebildeten Psychologen in Krankenhäusern und Gesundheitsämtern.
- Ausbau der sozial-psychiatrischen Dienste in den Gesundheitsämtern zur Durchführung von Beratungen und Behandlungen, wie sie nach dem hamburgischen Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten vorgesehen sind.
- Ausbau der Erziehungs-Beratungsstellen für die psychotherapeutische Behand-

Sexual- und Sozialberatung und Indikationsfeststellung ausbauen, um so durch schnelle und unbürokratische Behandlung die mit der Neuregelung des § 218 noch bestehenden Hürden bis zum Schwangerschaftsabbruch zu verringern und die bestehenden Beratungsstellen zu entlasten.

In unserem Gesundheitswesen, auch in den Krankenhäusern, stehen wir vor schwierigen Aufgaben. Unser Ziel ist, das medizinische Angebot für den Bürger zu vervollständigen, qualitativ zu verbessern und die Kosten so niedrig wie möglich zu halten.

Wir sind entschlossen, die Probleme anzupacken. Die Planungen sind abgeschlossen. Jetzt geht es darum, sie zügig zu verwirklichen.

## Wichtiger als schärfere Gesetze ist entschlossenes Handeln

### Stärkung der Rechtssicherheit

Für Sozialdemokraten ist die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit Grundvoraussetzung für die weitere Entwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens. Deshalb respektieren und unterstützen wir die Dritte Gewalt, die Rechtsprechung, in ihrer Arbeit und verpflichten uns, die nötigen administrativen Vorkehrungen zu treffen, die der Justiz die Erfüllung ihres grundgesetzlichen Auftrages ermöglichen. Dazu gehören personelle Verstärkungen, mit denen der zunehmende Geschäftsanfall bei den Gerichten

werden. Auch diese Entwicklung haben die Gerichte nicht allein zu vertreten.

Wir Sozialdemokraten machen auf diese Tendenzen aufmerksam und werden darüber eine Diskussion in Gang setzen mit dem Ziel, diese Entwicklung zu stoppen. Wir meinen, daß dies notwendig ist, weil Rechtsstaatlichkeit sich auch in der Voraussehbarkeit, Begrenztheit und Schnelligkeit gerichtlicher Entscheidungen beweisen muß. Für den Bürger ist das von besonderer Bedeutung.

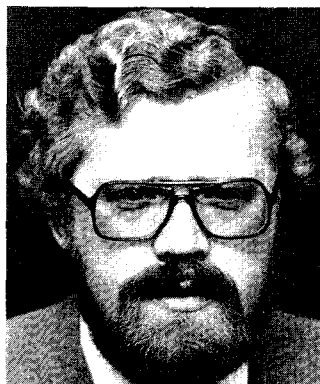
dem Verfassungsschutz, bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten, die fähig und willens sind, Straftaten zu verhindern, Straftäter zu stellen und zu verurteilen.

- Von dieser Erkenntnis ausgehend, haben wir in den vergangenen Jahren die Ausbildung bei der Polizei den gestiegenen Anforderungen angepaßt, die Organisation unserer Polizei nach den modernsten Erkenntnissen verändert und verbessert und die Zahl der Polizeibeamten um rund 400 erhöht. Unsere Polizeidichte ist fast optimal. Dennoch sind wir bereit, die

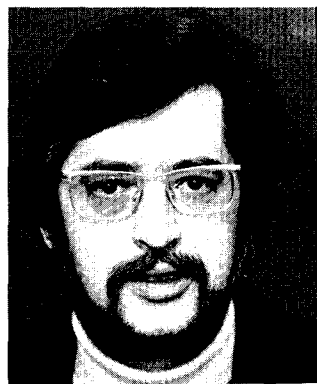
ierlich fortsetzen. Unser Ziel bleibt, die Rückfallquote durch erfolgreiche Resozialisierung von Straftätern dauerhaft zu senken. Deshalb werden wir auch die Ausstattung der Strafanstalt Fuhsbüttel verbessern, solange eine Verlagerung nicht möglich ist.

### Gegen den Terrorismus, für die Freiheit

Eine besondere Herausforderung des Rechtsstaates geht aus von dem internationalen Übel des Terrorismus, dem durch entschlossenes Handeln



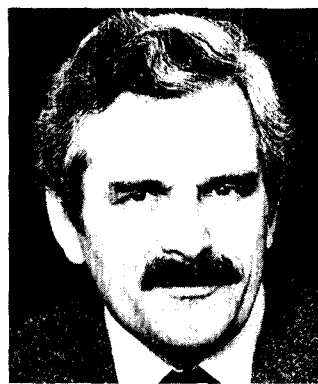
74 Dr. Rolf Niese, 34, Wiss. Angestellter, Schwerpunkt: Bauwesen und Stadtplanungspolitik, Hobbies: Fußball, Skat, moderne Literatur, Gartenarbeit. 2050 Hamburg 80, Rothenhauschaussee 59, Tel.: 724 27 41



75 Heinz H. Paetz, 34, Student, Angestellter, Schwerpunkt: Finanzpolitik, Stadtentwicklungspolitik, Hobbies: Handball, Tennis. 2000 Hamburg 63, Heschredder 8, Tel. 50 54 80



76 Claus Weiß, 44, Jurist, Schwerpunkt: Stadtplanungs- und Wohnungsbaupolitik, Schul- und Bildungspolitik, Hobbies: Diskussionen, Reisen, Lesen. 2000 Hamburg 67, Stüffelring 447, Tel. 604 02 73



77 Henry Brüggemann, 44, Techn. Angestellter, Schwerpunkt: Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Hobbies: Briefmarken- und Münzsammlung, Camping.

und Staatsanwaltschaften bewältigt werden kann.

Wir Sozialdemokraten bekennen offen, daß es Tendenzen in der Entwicklung unserer rechtsstaatlichen Ordnung gibt, die uns mit Besorgnis erfüllen:

- Die Gerichte werden immer häufiger zu obersten Schiedsrichtern in politischen Fragen – eine Entwicklung, die wir für falsch halten, weil sie zu einer allgemeinen Verunsicherung beiträgt. Dafür sind aber nicht nur die Gerichte, sondern auch die Politiker verantwortlich.
- Die Entscheidungsfähigkeit von Regierungen droht durch die Umwandlung des Rechtsstaates in einen „Rechtswegestaat“ immer stärker eingeschränkt zu

### Für eine Sicherung des Rechtsfriedens, gegen Kriminalität, Gewalt und Terror

Der Rechtsfrieden der Menschen wird, am deutlichsten sichtbar, bedroht durch Kriminalität und Gewalt. Die Bekämpfung der Kriminalität ist daher eine vorrangige Aufgabe, für deren Erfüllung wir uns voll einsetzen. Das heißt konkret:

- Wir sind bereit, im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung gesetzgeberische Vorkehrungen zu treffen bzw. mitzutragen, die für eine wirksame Verbrechensbekämpfung nötig sind.
- Wichtiger als schärfere Gesetze sind jedoch gut ausgebildete und ausgerüstete Mitarbeiter bei der Polizei,

Personalstärke der Polizei – wie die der Staatsanwaltschaften und Gerichte – auch in Zukunft aufzustocken, wenn die Entwicklung der Kriminalität das erfordert.

- Wir wissen jedoch: Mit polizeilichen Mitteln allein ist der Kriminalität nicht beizukommen. Gleichzeitig muß auch nach den Ursachen der Kriminalität gefragt werden. Und diese Ursachen müssen durch konkrete Maßnahmen der Gesellschaftspolitik, vor allem der Bildungs-, Jugend- und Sozialpolitik, schon im Entstehen bekämpft werden.
- Die von uns in Hamburg eingeleiteten und von allen als vorbildlich anerkannten Reformschritte für den Strafvollzug wollen wir kontinu-

begegnet werden muß. Wir Sozialdemokraten fordern und stützen ein solches entschlossenes Handeln. Wir haben in Hamburg die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Unsere Polizei hat – unterstützt von anderen Diensten – mehr als einmal bewiesen, daß sie sehr wohl in der Lage ist, mit brutalen Gewalttätern fertig zu werden.

Erschwert wird die Arbeit der Polizei durch diejenigen, die die Terroristen unterstützen. Sie können nicht mit polizeilichen, sondern in der Regel nur mit politischen Mitteln bekämpft werden. Es gilt, immer wieder aufs neue und öffentlich alle jene ins Unrecht zu setzen, die anderen ihre Meinung durch Terror und Gewalt aufzwingen wollen. Und es muß deutlich



## Hamburg zu einer Stadt der guten Nachbarn machen

werden, daß die Anwendung von Gewalt und Terror durch keine Theorie gerechtfertigt werden kann. In einem demokratischen Rechtsstaat muß die Anwendung von Zwangsmitteln den durch Gesetz gebundenen und demokratisch legitimierten Entscheidungsträgern vorbehalten bleiben. An dieser eindeutigen Position werden wir Sozialdemokraten unbeirrbar festhalten.

Mit gleicher Eindeutigkeit wenden wir uns jedoch gegen alle Versuche, kritische Bürger, die sich mit konkreten Mißständen in unserem Lande auseinandersetzen, an deren demokratischer Grundeinstellung es jedoch keinen Zweifel gibt, in die Nähe von Terroristen zu rücken. Wer Andersdenkende, z. B. Studenten oder Schriftsteller, mit pauschalen Verdächtigungen und Verunglimpfungen ins Abseits stellt, der muß wissen, daß er – gewollt oder nicht – seinerseits den Terroristen hilft.

Wir Sozialdemokraten werden das nicht zulassen. Es darf und wird den Terroristen nicht gelingen, unser freies Land in einen autoritären Zwangsstaat hineinzuschleusen. Wir werden das Nötige tun, um den Terrorismus zu bekämpfen; wir werden uns jedoch zur Wehr setzen, wenn leichtfertig reaktionäre Politiker terroristische Gewaltakte als Begründung für den Abbau von demokratischen Rechten mißbrauchen.

Im übrigen betonen wir, was einsichtige Politiker stets erklärt haben: Es gab zu keiner Zeit und gibt in keinem Gesellschaftssystem einen hundertprozentigen Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Eine gute Polizei kann viel bewirken. Und wir haben in Hamburg eine gute Polizei, der die Bürger zu Recht gute Noten geben. Wir Sozialdemokraten werden alles, was in unseren Kräften steht, tun, um ihren hohen Leistungsstandard zu erhalten und weiter zu erhöhen.

### Ein offenes Wort zu den Finanzen

Wir Sozialdemokraten wissen, daß staatliche Leistungen (z. B. für die Sicherheit der Arbeitsplätze, für die Bildung, für die Gesundheit oder die innere Sicherheit) wie andere private Leistungen auch ihren Preis haben. Und dieser Preis muß über Steuern und Gebühren von den Bürgern bezahlt werden. Das bringt finanzielle Belastungen nicht nur für die Gemeinschaft, sondern für jeden einzelnen, die hoch sind und von vielen Bürgern als zu hoch angesehen werden.

Wir wissen aber auch, daß alle Maßnahmen zur Erhöhung der inneren Sicherheit immer nur „relativ“ erfolgreich sein werden. Innere Sicherheit ist immer nur in Annäherungswerten zu erreichen. Wer anderes sagt, macht den Bürgern ganz bewußt etwas vor. Er muß es sich gefallen lassen, daß wir ihm vorwerfen, ein billiges parteipolitisches Geschäft mit der Angst machen zu wollen. Ein schlechtes Geschäft für die Bürger!

### Solidarität mit denen, die uns helfen

Für unsere Sicherheit sorgen nicht nur Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Innere Sicherheit – das bedeutet auch Vorsorge gegen Unfallgefahren, Schutz vor Brand- und Flutkatastrophen, Rettung in Fällen von lebensbedrohender Not.

Für diesen Teil unserer Sicherheit sorgt – allen voran – unsere Feuerwehr, die sich vielfach bewährt hat und die wir deshalb weiter ausbauen wollen. Vorrangig sind personelle Maßnahmen, damit die Besatzungen der Löschzüge verstärkt werden können. Verwirklicht ist gegenwärtig der 12-Mann-Zug. Wir streben an, die Löschzüge künftig mit 16 Mann zu besetzen.

Die Feuerwehr wird bei ihrer Arbeit in vorbildlicher Weise unterstützt von den vielen freiwilligen Wehren, ohne die unsere Berufsfeuerwehr nicht auskommen kann. Wir werden uns deshalb bemühen, auch den freiwilligen Wehren und den anderen Hilfs- und Helferorganisationen, vom Arbeitersamariterbund über das Technische Hilfswerk bis hin zu den Deichschutzverbänden bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die dort tätigen freiwilligen Helfer arbeiten für uns und unsere Sicherheit, sie praktizieren Solidarität und haben deshalb Anspruch auf unsere Solidarität.

Wir verstehen das gut, zumal wir nicht bestreiten können, daß unser Steuersystem der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit noch immer nicht voll entspricht. Wir erklären aber ebenso offen: es gibt keine Möglichkeit, keinen Zaubertrick, um den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Leistung und Kosten aufzuheben. Wer staatliche Leistungen fordert – und wir alle fordern laufend mehr Leistungen vom Staat –, muß wissen und deutlich sagen, daß der Staat dafür auch die nötige

finanzielle Ausstattung braucht. Wer diesen Zusammenhang verschweigt oder sogar leugnet, redet an der Wahrheit vorbei. Für uns Sozialdemokraten ist es eine Verpflichtung, mit den Steuergeldern der Bürger sorgsam und sparsam zu wirtschaften. Wir haben bewiesen – nicht zuletzt auch mit dem Sparprogramm der letzten Jahre, bei dessen Verwirklichung die Mit-

arbeiter im öffentlichen Dienst in anerkannter Weise mitgeholfen haben –, daß wir diese Verpflichtung ernst nehmen. Wir können aber keine leichtfertigen Steuergeschenke anbieten oder Gebührenermäßigungen und Nulltarif versprechen. Das geht nicht. Und die Bürger müssen wissen, daß es nicht geht. Wir sagen es ihnen – vor der Wahl.

### Hamburg – unsere gemeinsame Aufgabe

Die Hamburger Bürgerschaftswahl ist die erste Landtagswahl nach der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976. Sie gewinnt damit automatisch den Charakter einer Testwahl von über Hamburg hinausreichender Bedeutung, weil mit der Hamburger Wahl eine ganze Serie von weiteren Landtagswahlen in anderen Bundesländern eingeleitet wird.

Für den Wahlkampf in Hamburg wird das nicht ohne Auswirkungen bleiben. Unsere politischen Gegner werden mit viel Geld und großem werblichen Aufwand einsteigen und keine Gelegenheit auslassen, um die SPD und ihre Kandidaten polemisch und mit diffamierenden Parolen anzugreifen.

Wir Sozialdemokraten stellen uns darauf ein; wir sind vorbereitet auf eine harte Auseinandersetzung. Den Stil dieser Auseinandersetzung werden wir uns aber nicht von unseren Gegnern aufzwingen lassen, sondern selbst bestimmen. Und das heißt: Wir werden uns nicht provozieren lassen, sondern in unserer Argumentation sachlich, in der Darstellung unseres Programms ehrlich und gegenüber unserem politischen Gegner fair bleiben. Eine Werbeschlacht wird es unsererseits nicht geben.

Im übrigen: In einem Wahlkampf geht es nicht darum, den politischen Gegner mieszumachen, sondern darum, die Bürger zu informieren und zu überzeugen. Wir Sozialdemokraten wollen überzeugen; in offener Diskussion, im Gespräch, mit Argumenten und vor allem durch die Ernsthaftigkeit unseres politischen Willens, mit vol-

lem Einsatz für die Menschen und für die Zukunft unserer Stadt zu arbeiten.

Wir führen den Wahlkampf nicht von ober herab und über die Köpfe der Bürger hinweg, sondern in Gesprächen mit dem Bürger. Wir suchen die partnerschaftliche Zusammenarbeit auch nach der Wahl, wenn es gilt, unser politisches Programm in die Praxis umzusetzen.

Wir Sozialdemokraten wissen: Die uns auferlegte Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu wirken, erfüllen wir in der konkreten Sorge und Fürsorge für die Menschen, deren freiheitliche Mitverantwortung für die Entwicklung unserer Gesellschaft wir als unverzichtbar voraussetzen. Gemeinsam mit den Bürgern wollen wir die Zukunft unserer Stadt gestalten.

Wir wiederholen: Hamburg – das ist unsere gemeinsame Leistung. Wir fügen hinzu: Hamburg – das bleibt unsere gemeinsame Aufgabe. Der Staat kann viel, aber er kann und soll nicht alles machen. Die Bürger sind aufgerufen, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft mitzuwirken und mitzuarbeiten an dem großen Werk, das Hamburg heißt.

Wir appellieren an alle Bürger und bitten sie:

Kümmert Euch um diese Stadt! Es ist Eure Stadt!

Kümmert Euch um die Menschen, besonders jene, die auf Zuspruch warten, die auf Hilfe angewiesen sind! Es sind Eure Nachbarn.

Machen wir, alle gemeinsam, Hamburg zu einer Stadt der guten Nachbarn!